

Krautauer Zeitung.

Nr. 268

Donnerstag, den 22. November

1860.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abon-
9 Nkr. berechnet. — Inventionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für IV. Jahrgang. nementspreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Verlegung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit
die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einrückung 30
Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Antlicher Theil.

Er. f. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
schliessung vom 9. November d. J. dem Direktor des General-
Archives in Venedig, Fabio Robilio Nutinelli, anlässlich seiner
Verzierung in den kaiserlichen Diensten, in Anerkennung seiner
vielfährigen, eifrigen und gewissenhaften Dienstleistung, das Ritter-
kreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. f. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
schliessung vom 8. November d. J. dem Betriebsinspektor der
n. p. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Eduard Alker, in Anerken-
nung seines hervorragenden Eifers und seiner belebenden Thätig-
keit, welche derselbe im öffentlichen Interesse dem Betriebsdienste
zuwendet, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst
zu verleihen geruht.

Er. f. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
schliessung vom 17. November d. J. die Wahl des wirklichen ge-
heimen Rathes und Reichsrathes, Leo Grafen Thun-Hohen-
stein, zum inländischen Ehrenmitgliede der kaiserlichen Akademie
der Wissenschaften in Wien allergnädigst zu genehmigen geruht.

Er. f. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
schliessung vom 17. November d. J. zu wirklichen Mitgliedern
der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und zwar:
für die philosophisch-historische Klasse:

den Professor der Deutschen Sprache und Literatur an der
Universität zu Wien, Dr. Franz Pfeiffer, und
für die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse:

den Professor der Zoologie an der Universität zu Wien Dr.
Mikolaj Kner, den Vergräber Franz Ritter von Sauer und
den Professor der Physiologie und Direktor des physiologischen
Institutes zu Prag Dr. Johann Purkyně allergnädigst zu er-
nennen und die von der Akademie getroffenen Wahlen des Pro-
fessors der deutschen Runisch-Geschichte und Kunst- und Alterthums-
geschichte an der Universität zu Berlin Franz Bopp
zum ausländischen Ehrenmitgliede der philosophisch-historischen
Klasse der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien al-
lagnädigst zu genehmigen, endlich die Wahlen des Vorstandes und
Rathes im Hof-Mineralien-Kabinete Dr. Moriz Hörmann, des
Rathes-Adjunkten Dr. Eduard Suck, des Ober-Realschullehrers
und Privat-Dozenten an der Universität zu Wien, Dr. Joseph
Stephan, des Universitäts-Professors Bernhard Greifenberg von
Müllerstorff und Urbair, des Professors der Chemie an der
Universität zu Innsbruck Dr. Johann Hlawitsch und des Dr.
der Medizin Johann Czermak zu inländischen korrespondierenden
Mitgliedern und des Grafen Baptiste Piot, Mitgliedes des Institut
des France in Paris, zum ausländischen Ehrenmitgliede der ma-
thematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der kaiserlichen Akademie
der Wissenschaften in Wien allergnädigst zu befähigen geruht.

Veränderungen in der kais. königl. Armee.
Beförderungen:

Zu Oberlieutenants der Majors:
Karl Dunitz von Adelsheim, des Infanterie-Regiments
Kronprinz Albert von Sachsen Nr. 11,
Joseph Ulrich, des Infanterie-Regiments Großherzog von
Sachsen Nr. 14, beide in diesen ihren Regimentern, und
Felix von Wämben, des Infanterie-Regiments Prinz Hol-
stein Nr. 80, beim Infanterie-Regimente Freiherr v. Hossbach
Nr. 40; ferner

zum Major der Hauptmann erster Klasse, Ferdinand Ritter
von Franz, des General-Quartiermeister-Stabes, in demselben.

Uebersetzungen:
Qui talis:
Der Oberlieutenant, Friedrich Freiherrn von Marburg,
des Er. f. k. Apostolischen Majestät Allerhöchsten Namen füh-
renden Uhlanen-Regiments Nr. 4, zum Husaren-Regimente Graf
Haller Nr. 12;
die Majors: Ladislaus Seibel und Joseph Seubler, des
Infanterie-Regiments Erzherzog Albert Nr. 44, und zwar der
Erstere zum Infanterie-Regimente Erzherzog Sigismund Nr. 45,
und der Letztere zum Infanterie-Regimente Prinz Solms Nr. 80;
Rudel Drenke, des Infanterie-Regiments Freih. v. Guloz
Nr. 31, zum Infanterie-Regimente Erzherzog Albert Nr. 44;
Mikolaj v. Kner, des Infanterie-Regiments Graf Coro-
mini Nr. 6, zum Infanterie-Regimente Fürst Liechtenstein Nr. 5;
Adalbert v. Drafenovic, des Infanterie-Regiments Freih.
von Airoldi Nr. 23, zum Infanterie-Regimente Erzherzog Leo-
pold Nr. 53;
Joseph Rieder von Gravenberg, des Infanterie-Regi-
ments Freiherr von Bianchi Nr. 55, zum Infanterie-Regimente
Graf Jellacic Nr. 69;
Hieronymus Geler von Salerno, des Infanterie-Regiments
Erzherzog Franz Karl Nr. 52, zum Infanterie-Regimente Erz-
herzog Heinrich Nr. 62, und
Franz Bock, des Infanterie-Regiments Graf Kinsky Nr.
47, zum Infanterie-Regimente Freiherr v. Kellner Nr. 41.

Verleihungen:
Dem pensionirten Major, Andreas Nicolini, der Ober-
lieutenants-Charakter ad honores;
dem pensionirten Plaz-Hauptmann, Joseph Loy v. Leichen-
feld, und dem pensionirten Mittelmeister erster Klasse, Anton Pa-
rea, der Majors-Charakter ad honores.

Pensionirungen:
Der disponiblen Feldmarschall-Lieutenant Eduard Fürst Lie-
chtenstein, auf seine Bitte;
der Plaz-Oberst in Venedig Felix Ritter v. Stypski;
der Oberlieutenant Eduard v. Martini, des 2. Genie-Re-
giments, mit Oberleutenants-Charakter ad honores;
der Oberlieutenant Joseph Graf Bergh v. Trips, des Ri-
tars-Regiments Prinz Karl von Preußen Nr. 8;
der Major Johann Robile de Calateo, des Infanterie-
Regiments Freiherr v. Probaška Nr. 7, mit Oberlieutenants-
Charakter ad honores; ferner

die Majors:
Alexander Straßer, des Infanterie-Regiments Freiherr v.
Hossbach Nr. 40,
Joseph Latsch, des Infanterie-Regiments Erzherzog Leo-
pold Nr. 53,

Michael Sperro, des Warasbinder St. Georgs Grenz-In-
fanterie-Regiments Nr. 6,
Waltasar Letocha und Anton Freiherr v. Molke, des
Infanterie-Regiments Erzherzog Heinrich Nr. 62, und
Alexander Graf Galleinberg, des Infanterie-Regiments
Freiherr v. Kellner Nr. 41, endlich
den Hauptmann erster Klasse Johann Gortius, des Infan-
terie-Regiments Erzherzog Franz Ferdinand v. Ete Nr. 32, als
Major.

Die königlich ungarische Hofkanzlei hat den Justizministerial-
Konzipisten und Vizekanzler des Reichsgesetzblattes Joseph v.
Somosy, die Justizministerial-Konzipisten Georg Rath und
Dr. Ludwig Gaidis v. Hegedüs, die Konzipisten des Ministeri-
ums des Innern Johann Rohrmüller und Julius Fuchs-
lits v. Wessely, den Vizekanzler und Referenten des Ministeri-
ums des Aussenwärtigen Franz v. Selymowitsch, den Kommissar
des Reichsgesetzblattes Emil Ghicz v. Affa, und Abtanz-Rath und
den Statthalter-Konzipisten Alexander Mery v. Kapos-
Mere zu wirklichen Hofkonzipisten der königl. ungarischen Hof-
kanzlei ernannt.

Am 20. November 1860 ist in der k. k. Hof- und Staats-
druckerei in Wien das LXIX. Stück des Reichsgesetzblattes aus-
gegeben und versendet worden.

Dasselbe enthält unter
Nr. 256 die kaiserliche Verordnung vom 17. November 1860,
welche für alle Kronländer, mit Ausnahme des Lombardisch-
Venetianischen Königreiches, in Betreff der Hinausgabe
von Münzzeichen;

Nr. 257 den Erlass des Finanzministeriums vom 19. November
1860, welchem für alle Kronländer, mit Ausnahme des Lombardisch-
Venetianischen Königreiches, die Hinausgabe von
Münzzeichen zu 10 Kreuzern betreffend.

Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 22. November.

In Betreff der syrischen Occupationsfrage lässt
sich der „Morning Herald“ aus Wien schreiben, es
hätten zwischen dem Grafen Rechberg, Lord Loftus
und Fürst Gallimachi zu Anfang dieses Monats drei
auf dieselbe bezügliche Konferenzen stattgefunden, und
das Bestreben des französischen Gesandten in Constan-
tinopel, Herrn v. Lavalette, gehe dahin, der Pforte
eine neue supplementäre Separat-Convention abzulocken,
vermöge welcher die (für sechs Monate stipulirte) Occu-
pation eine unbestimmt dauernde, oder für alle Zeiten
giltige werden könnte, ein Anfinnen, welches England
und Oesterreich zu vereiteln wissen werden, obschon der
Plan Lavalette's von Russland unterstützt wird. Ohne
darauf einzugehen was an letzterer Behauptung Begrün-
detes sein könne, ist die „Desp.“ jedoch in der Lage, auf
Grund verlässlicher Mittheilungen zu versichern, dass die
Angaben des Herald, als hätten hier zwischen dem
Grafen Rechberg, Lord Loftus und Fürst Gallimachi
darauf bezügliche Konferenzen stattgefunden, rein aus
der Luft gegriffen ist, und dass der Fürst Gallimachi
überhaupt von Seite der Pforte auch gar keinen, diese
Angelegenheit betreffenden Auftrag erhalten hat. Wi-
nig übrigens Frankreich geneigt zu sein scheint, aus
Syrien fortzugehen, beweist der Umstand, dass, wie
bereits gemeldet, eine Petition syrischer Christen auf
gezieltem Wege veranlasst worden ist, um die Ver-
längerung der französischen Occupation in Syrien zu
erbitten. Bekanntlich ist die in der diesfälligen durch
die „Wien.“ vor kurzem publicirte Convention
stipulirte Occupationsdauer auf sechs Monate festgesetzt,
welche in Monate April k. J. zu Ende geht, aber es
ist vor der Hand durchaus kein Grund vorhanden,
diese Frist im Vorhinein zu verlängern, obschon die
Zustände in Syrien eine längere Anwesenheit Fuad
Paschas zu erheischen scheinen, als man Anfangs an-
zunehmen geneigt war. Wie der „Desp.“ aus Con-
stantinopel mittheilt wird, hat Fuad Pascha in den
letzten Tagen seine Familie nach Beyrut kommen
lassen, was jedenfalls schließen lässt, dass seine Mission
in Syrien noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Das Londoner Court S. schreibt: „In den letzten Ta-
gen hat eine Reihe von Cabinet-Sitzungen statt-
gefunden, denen alle Cabinets-Mitglieder beizuhnten.
Ohne behaupten zu wollen, dass das neue Königreich
Italien und seine zukünftigen Beziehungen zu dem
übrigen Europa der Gegenstand dieser rasch aufeinander
folgenden Minister-Berathungen gewesen sei, dür-
fen wir doch nicht vergessen, dass sie gleich auf die
letzte Zusammenkunft des sardinischen Gesandten mit
dem Premier folgten.“

Wegen Unruhen in der Provinz Aquila ist am 4.
über die Districte Aquila und Civita Ducale der Be-
lagerungszustand verhängt und das Martialgesetz pro-
clamirt worden. (S. Dep.)

Das Ergebnis des Sieges vom 12. Nov. wird
hoch angeklagen, weil durch denselben die Zeit der
Belagerung von Gaeta um mehr als einen Monat

abgekürzt wird. Die festen Punkte von Borgo Santa
Agatha, Monte Tortono, Monte Erta, Monte Com-
bono und das Kapuzinerkloster befinden sich noch im-
mer in der Gewalt der Piemontesen, von welchen aus
ein beträchtliches Belagerungsheer durch geringe Strei-
kräfte zurückgehalten werden konnte. Die Anhöhe, auf
welcher das Kapuzinerkloster steht, soll so nahe be-
Gaeta liegen, dass von da aus die Beschließung der
Stadt möglich ist. Die neapolitanischen Freischaren,
welche diese Punkte besetzt hatten, erhielten nur unzu-
reichende Lebensmittel aus Gaeta, und haben sich ge-
zwungen, entweder zu capituliren, oder die Linie der
Piemontesen im verzweifeltsten Kampfe anzugreifen. Da
die von ihnen angebotene Capitulation von General
Fanti zurückgewiesen wurde, wählten sie den anderen
Ausweg.

Man hat über die Garibaldi von Seiten des Kö-
nigs Victor Emanuel gegebenen Beweise der Anerken-
nung für seine ungewöhnlichen Verdienste gestritten.
Der Turiner Correspondent der „Independance belge“
erklärt sich in Stand gesetzt, Gewisses darüber mitzu-
theilen. Danach hat der König demselben angeboten:

1) den Grad des „Generals der Armee“, des höchsten
Ranges auf der militärischen Stufenleiter in Piemont;
2) das große Halsband des Annunziatens-Ordens;
3) den Besitz eines königlichen Schlosses, das er sich sel-
ber aussuchen sollte; 4) eine Dotation für seinen äl-
testen Sohn; 5) den Grad eines Ordennanz-Officiers
bei Sr. Majestät für seinen jüngsten Sohn; 6) eine
Aussteuer für seine Tochter. Garibaldi habe alles ab-
gelehnt und werde wahrscheinlich auch den National-
dank ablehnen, dem ihm das italienische Parlament
nach Eröffnung der Session votiren will.

Am 10. d. fand in Neapel eine Demonstration zu
Gunsen Garibaldi's statt. Ein Haufe Menschen der
untersten Klasse mit einer dreifarbenen Fahne zog vor
das Schloss und schrie: „Wir wollen unseren Gar-
ibaldi wieder haben!“ Bei der Aufforderung der Po-
lizei, aus einander zu gehen, thaten sie das sofort.

Das Rundschreiben des Ministers des Innern,
welches den Gouverneuren der Provinzen ausgiebt, den
Garibaldianern, welche aus Süditalien zurückkehren,
Unterstützung angedeihen zu lassen, ist überall gut auf-
genommen worden. Das Journal „Nationalités“
meldet, dass keine der Nordmächte gegen den Einzug
des Königs Victor Emanuel in die Stadt Neapel
protestirt habe.

General Soyon hat dem Paps zufolge auf Sar-
dinien's Eruchen, er möge ihm die Kanonen auslie-
fern, welche das Corps der königlich neapolitanischen
Truppen bei sich hatte, das auf römischem Gebiete
entwaffnet wurde, geantwortet, „ein Beschluss in die-
ser Angelegenheit sei gegenwärtig nicht möglich; die
betreffende Artillerie werde späterhin Demjenigen zu-
rückgegeben werden, dem sie angehöre.“

Das „Giornale di Roma“ gibt die Stärke des nea-
politischen Corps, das auf römisches Gebiet über-
treten ist, auf 30,000 Mann mit 5000 Pferden an.
Der Paps habe Befehl gegeben, für den Unterhalt
und die Unterfüt dieser Truppen zu sorgen, die in
der Treue ausharren, gegen den unschuldigen verra-
thenen Sohn einer aus piemontesischem Blute ent-
sprungenen Königin, die durch Frömmigkeit verherrlicht,
aber von den gegenwärtigen Verfolgungen ignoriert wird.“

Zu Rom war am 13. d. ein bourbonischer Ge-
neral eingetroffen; dem Vernehmen nach, heisst es in
den „Nationalités“, ersucht Franz II. den heil. Vater,
wiederum 7000 Mann seiner Truppen auf päpstli-
ches Gebiet aufzunehmen. Die französische Besatz-
ung benimmt sich gegen die Bourbonen äußerst
großmüthig. Auch die Italiener, welche zu Gaeta
in Gefangenschaft waren, sind aus dem Plaze ent-
lassen worden und am 15. in Neapel eingetroffen.
So viel steht nach allen Angaben fest, dass König
Franz alles, was nicht unumgänglich zur Vertheidig-
ung der Festung notwendig ist, dem Paps zuflücht;
über seine weiteren Pläne aber lauten die Ansichten
auch jetzt noch durchaus widersprechend, zumal diese
Maßregeln sowohl als Anfang der Räumung, wie als
Vorbereitungen zum verlängerten äußersten Wider-
stande sich deuten lassen. Dass der Uebergang der er-
sten 30,000 Mann Bourbonischen Truppen auf rö-
misches Gebiet nicht Folge eines Verrathes der Gene-
rale war, wie legitimistische Blätter behaupteten, er-
hehlt aus der Verleihung des Januariusordens an Ge-
neral Soyon zur Genüge; denn General Soyon war
es ja eben, der Officiere nach Terracina geschickt hatte,
um die Bourbonen in Empfang zu nehmen. König
Franz schmeichelt sich noch immer der französischen
Beihilfe.

Die Berichte aus Ancona lassen erschen, dass sich
auch in den Marken Guerilla-Banden gebildet

haben, welche den Piemontesen den kleinen Krieg ma-
chen. Von Ancona ist deshalb eine starke Truppen-
abtheilung abgegangen, um eine solche Bande in dem
Gebirge von Ascoli zu verfolgen.

Die „Indep.“ erhält über Marseille folgendes Te-
legramm aus Gaeta vom 13. d.: Die neapolitanischen
Truppen schlugen sich fortwährend mit Tapferkeit.
Über der Generalstab des Königs lichtet sich durch zu-
nehmende Desertionen der Officiere. Vier Generale:
Salzano, Barbalonga, Colonna und Palizzi, haben
ihre Entlassung gegeben. König Franz II. musste den
General Bartolini absetzen und entfernen. Oberst Pia-
nelli hat den Piemontesen ein Bataillon neapolitanischer
Jäger in die Hände gespielt. Unter den Chefs
der Besatzung von Gaeta herrscht Verwirrung und
Mangel an Disciplin. Der Widerstand ist paralytisch.
Dieselbe Depesche spricht von einem bereits stattgehabten
Bombardement einer Vorstadt oder eines Vorwer-
kes von Gaeta. Vor dem 12. kann jedoch ein solches
schwerlich stattgefunden haben, sonst hätte Ciadini in
seinem Berichte an Fanti ddo. desselben Tages davon
Erwähnung gethan.

Verhandlungen des verklärten Reichsrathes.
Sitzung am 18. September 1860.
(Fortsetzung.)

Reichsrath Graf Szécsen: „Der Gang der De-
batte dürfte der hohen Versammlung den Beweis ge-
liefert haben, dass die vom Komite eingeschlagene Rich-
tung diejenige ist, welche der Natur des Gegenstandes
am angemessensten war. Die Ansichten, die hier an-
geregert worden sind, liefern den entscheidenden Beweis,
dass ohne eine eingehende Verhandlung und eine Ver-
handlung, welche sich nicht nur auf allgemeine Prinzipien
und theoretische Sätze, sondern auf die konkreten
Verhältnisse der verschiedenen Länder der Oesterreichi-
schen Monarchie, der verschiedenen Industrie- und Pro-
duktionszweige und Bedürfnisse der Konsumtion aus-
dehnen müsste, jede weiter gehende Beschlussfassung des
hohen Reichsrathes nicht jenes Gepräge der Gründlich-
keit tragen würde, welches nach meiner Ansicht für jede
Beschlussfassung desselben wünschenswerth wäre.“

„In Betreff der Bemerkungen des Herrn Reichs-
rathes Wohlgemuth erlaube ich mir darauf hinzuweisen,
dass seine Ansicht wohl im Antrage des Komite's genü-
gend gewürdigt sein dürfte, indem deutlich darauf hin-
gewiesen ist, dass die Regelung sich um so mehr als be-
friedigend bewähren dürfte, wenn den durch dieselbe
berührten Interessen eine entscheidende Mitwirkung ge-
stattet sein wird.“

„Unter dessen scheint es mir nicht unmöglich, trotz
der Festhaltung dieses Standpunktes, dem Wunsche des
Herrn Reichsrathes v. Mayer zu genügen, und ich
würde mir erlauben, in dieser Hinsicht eine ganz kleine
Modifikation des Komite-Antrages vorzuschlagen, wo-
durch auch dem Wunsche des Herrn Reichsrathes Ma-
ager Genüge geleistet würde.“

„Alles dasjenige, was die Frage der Beförderung
der Interessen der Monarchie direkt mit dem Aus-
drucke des positiven Schutzes verbindet, würde nach
meiner Meinung auf indirektem Wege zu jener vor-
greifenden Entscheidung führen, welche wir vermeiden
wollen.“

„Ich glaube aber, dass, wenn nach den Worten
dieses Berichtsabgabs: „Uebergangsepoche gehörig im
Auge behalten“, hinzugefügt werden wollte, „und be-
rechtigte Interessen der Industrie kräftig gewahrt
werden“, auf diese Weise dem Wunsche vollkommen
genügt würde, ohne dem Prinzipie des Komite-Antra-
ges entgegen zu treten.“

Mit diesem Antrage des Vorredners erklärte sich die
überwiegende Stimmenmehrheit einverstanden; Reichs-
rath Maager jedoch mit dem Beifügen, dass er die
Einschaltung eines kleinen Zusatzes wünschte, derart,
dass zu sagen wäre: „der Industrie im In- und Aus-
lande.“

Er. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Reichsrath's-
Präsident forderte den Grafen Szécsen auf, seinen
Antrag mit dem Zusatz des Reichsrathes Maager
vorzulesen, was von Seite des Grafen Szécsen
mit dem Bemerkung geschah, die betreffende Stelle des
Komite-Berichts würde mit den vorgeschlagenen Zu-
sätzen zu lauten haben:

„Es fühlt sich daher das Komite verpflichtet, zu bean-
tragen, dass bei der voraussichtlichen Revision der best-
ehenden Sollsätze diese Interessen eben sowohl wie die
seither entwickelten volkswirtschaftlichen Elemente in
vorsommere Beachtung gegeben, die Schwierigkeiten der
Uebergangsepoche gehörig im Auge behalten und die

berechtigten Interessen der Industrie im In- und Auslande kräftigst gewahrt werden."

Graf Clam hob nunmehr hervor, seines Erachtens dürfe bei dieser beantragten Einschaltung doch noch ein Zweifel obwalten, ob in dem Berichte der Wunsch des Schutzes im Auslande irgend einen Ausdruck finden sollte, abgesehen davon, daß ihm dieser Zusatz nicht recht in den Wortlaut des Berichtes zu passen scheine, worauf Reichsrath Maager erwiderte, daß er sich damit begnüge, die Sache angeregt zu haben, und daß er von der Beantragung eines Zusatzes abstehe.

Graf Szécsen liest die folgende Stelle des Berichtes:

"Unter den Zolleinnahmen wird als Ertrag an Kontumazaren (Zollzuschlägen) ein Betrag über 20.000 fl. ausgewiesen, ohne daß unter den Ausgaben irgend ein Erforderniß auf den Unterhalt der Kontumaz-Anstalten veranschlagt erscheint."

Dwoböhl die Kontumaz-Anstalten hier bloß vom finanziellen Standpunkte des Bezuges der Zaren erwähnt sind, so glaubt das Comité doch diese Gelegenheit ergreifen zu sollen, um hervorzuheben, daß die bestehenden Vieh-Kontumaz-Anstalten an jenen Einbruchstationen, über welche der Eintrieb des ausländischen Viehes stattfindet, nicht in jener Art eingerichtet sind, welche das Land vor Einschleppung der Viehseuchen sichern könnte, und beantragte, der hohe Reichsrath möge die hier angeführten beachtenswerthen Bemerkungen des Sub-Komités der Aufmerksamkeit des hohen Ministeriums empfehlen.

Der Leiter des Finanzministeriums: "Ich muß mir hier eine kleine Berichtigung erlauben. Es heißt im Comité-Berichte: 'Unter den Zolleinnahmen wird als Ertrag an Kontumazaren (Zollzuschlägen) ein Betrag über 20.000 fl. ausgewiesen.'"

Hier dürfte entweder ein Schreib- oder Druckfehler unterlaufen sein, denn nach dem Voranschlag betragen diese Kontumazaren 60.000 fl., und auch die Nachweisung der einzelnen Bestandtheile zeigt, daß diese Schlusssumme vollkommen richtig ist. Ich war schon bei den Comité-Beratungen in der Lage, darauf aufmerksam zu machen. Es scheint, wie gesagt, hier ein Versehen unterlaufen zu sein. Was den zweiten Absatz des Comité-Berichtes anbelangt:

"Daß unter den Ausgaben kein Erforderniß auf den Unterhalt der Kontumaz-Anstalten veranschlagt erscheint, so erlaube ich mir auf den Voranschlag des Ministeriums des Innern, und zwar auf die Abtheilung: politische Verwaltungsbehörden der Kronländer, hinzuweisen."

"Unter der Rubrik 'äußere Sanität' werden daselbst für die Bukowina 6000 fl., für Siebenbürgen 22000 fl. als Ausgabe — auf den Unterhalt der Kontumaz-Anstalten ausgewiesen. Es dürften somit diese Berichtigungen aufgenommen werden."

Reichsrath Maager: "Ich gehöre einem Lande an, und wohne in einem Orte, der nach dem Auslande, nach den Donaufürstenthümern mehrere Pässe sowohl als Kontumaz-Anstalten besitzt. Ich habe Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse dort genau kennen zu lernen und erlaube mir, gestützt auf meine Kenntniß der dortigen Zustände, mich gegen den Antrag, wie er hier vorliegt, auszusprechen. Es wäre anmaßend von mir, wenn ich überhaupt den Kontumaz-Anstalten allen Werth absprechen würde; aber ich muß es offen gestehen, es ist der Werth und Nutzen der Kontumaz-Anstalten jedenfalls ein problematischer und relativer, so lange diese Anstalten in ihrer jetzigen Einrichtung fortbestehen. Ihre jetzige Einrichtung ist der Art, daß sie selten in die Veranlassung kommen, dem Zwecke zu genügen, um dessen willen sie errichtet sind, dagegen in anderer Art und Weise hindernd eingreifen. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß eine Kontumaz-Anstalt in Siebenbürgen trotz aller und aller Vorstellungen, die von Seite der Handelskammer dagegen gemacht worden sind, dennoch bis vor ganz kurzer Zeit nicht aufgehört hat, alle möglichen Briefe, alle Schriften, alles was dort durchpassirte, selbst in den Zeiten der größten Sicherheit, wenn Jahre lang keine Epidemie in den Donaufürstenthümern bestand, dem kontumazamtlichen Verfahren zu unterziehen und ohne Unterschied Alles was nach demselben zu durchsuchen war, mit breiten schneidenden Instrumenten zu durchstechen und so Werthpapiere, Briefe u. dgl. zu verderben. Auch bei der Leitung dieser Anstalten fehlt ein Grundsatz, der sonst bei der Centralisation doch immer vorherrscht, der Grundsatz einer gleichen Einrichtung. Denn während z. B. bei einer Kontumaz-Anstalt alle Waaren, z. B. Häute u. s. w. nicht anders einzuführen gestattet wurde, selbst wenn keine ansteckende Krankheit in den Donaufürstenthümern herrschte, also wenn die Häute einer sehr langwierigen, zeitraubenden, kostspieligen chemischen Prozedur unterworfen worden waren, durch welche ihr innerer Werth verdorben und vernichtet wurde, so war die Einfuhr solcher Häute über andere Pässe durchaus gestattet und nicht den mindesten Placereien unterworfen. Aber wenn ich auch davon absehe und nur auf den anderweitigen Zweck dieser Anstalten hinweise, muß ich mich dahin aussprechen, daß dieselben ein Hemmnis, und zwar ein sehr bedeutendes Hemmnis des Verkehrs sind, denn ihre Einrichtungen sind noch sehr primitiver Natur. Es sind diese Anstalten so voll schwerfälliger Manipulation, man ist so vielen nutzlosen Placereien unterworfen, daß die Regierung, wenn sie den Verkehr hindern wollte, hierzu kaum ein besseres Institut gefunden haben könnte, als dieses."

"In der Berichtsbeilage wird bezüglich der Kontumaz-Anstalten auf die Einbruchstationen hingewiesen; es kommt darin der Passus vor: 'Bekanntlich wird die Kontumaz erst dann angeordnet, wenn im Auslande die Viehseuche überhand genommen und wo nicht selten mit Viehseuche befallenes Vieh die Grenze bereits überschritten hat.' Aus meiner Praxis, wenn ich so sagen darf, als Handelskammer-Präsident, muß

ich das Gegentheil behaupten. Ich kann versichern, daß die Kontumaz-Anstalten eben solche Anstalten sind, die nur zu thun haben, wenn die Seuche im Auslande ist. Ist keine Seuche, so haben sie wenig andere Zwecke zu erfüllen. Um nun ihre Brauchbarkeit, Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit an den Tag zu legen, muß doch etwas geschehen; sie müssen sich bemerkbar machen. Es ist also sehr häufig der Fall, daß in Zeiten, in welchen in ärztlicher Beziehung sich in den fürstlichen Nachbarländern auch nicht das Geringste ereignet hat, dennoch der Schein vorgeschützt wurde, als ob der Sanitätszustand unsicher und ein ungünstiger wäre, und man hat Kontumazproben angeordnet und auf diese Art und Weise sich wichtig gemacht."

"Also bei uns ist der entgegengesetzte Fall eingetreten; es sind nicht erst dann Kontumazen angeordnet worden, wenn die Seuchen im Auslande überhand genommen hatten. Im Gegentheil wurden in sehr vielen Fällen, wenn gar keine Spuren von einer Seuche vorhanden waren, Kontumazanstalten angeordnet."

"Es wird weiter in der Beilage des Comité-Berichtes der Antrag gestellt, und ich will die Motive, die diesem Antrage zu Grunde liegen, damit die Viehseuche nicht eingeschleppt werde, auf daß der Viehstand im Inlande sich hebe, vollkommen würdigen, — daß zur Unterbringung des Viehes die gehörigen Lokalitäten hergestellt werden sollen, weil dies unumgänglich notwendig sei. Ob letzteres wirklich der Fall, kann ich durchaus nicht beurtheilen. Ich kann nur so viel sagen, daß bei uns in Siebenbürgen das Vieh selbst in solchen Zeiten, wenn in den Nachbarkönigreichen eine Seuche herrscht, in freien Räumen die Kontumazperiode durchmacht und zur Ueberwachung mehrere unangeordnete Diener verwendet werden. So viel mir bekannt wurde, ereignete sich auf diese Weise noch nie der Fall, daß eine Viehseuche eingeschleppt worden ist."

"Es genügt dieses, wie ich glaube, hinreichend; es ist außerdem eine billige Art und Weise, und wie sich in Siebenbürgen bisher gezeigt hat, auch eine vollkommen bewährte; während im entgegengesetzten Falle vielleicht wieder kostspielige luxuriöse Bauten für die Unterbringung des Viehes angeordnet und durchgeführt, den Staatschatz aber überbürdet würden."

"Ich bin so frei, noch auf den Schlusssatz dieser Berichtsbeilage hinzuweisen, dem ich vollkommen beistimme, daß zur Hebung der inländischen Viehzucht der hohen Regierung zu empfehlen wäre, einen Antrag wegen Errichtung wechselseitiger gezwungener Versicherungen gegen Viehseuchen bei den in Aussicht gestellten Landesvertretungen zur Sprache zu bringen."

Der Leiter des Finanzministeriums: "Die Kontumazanstalten gehören zwar nicht in mein Ressort, und ich vermag somit nicht dem Reichsrathe Maager nähere Aufschlüsse zu geben, ich beschränke mich bloß darauf, hinsichtlich des Verfahrens mit den Briefen und überhaupt mit den Gegenständen, die mittelst der Post einlangen, einige Worte anzuführen. In letzterer Beziehung sind bereits mehrere Klagen vorgekommen, namentlich in der Richtung, daß das Durchstechen der Briefschaften mit Hinblick auf ihren nicht selten werthvollen Einschluß viele Unzufriedenheiten bereite. Das Finanzministerium hat sich auch in seiner Eigenschaft als oberste Leitung der Handelsinteressen mit dem Ministerium des Innern diesfalls zu dem Ende in's Einvernehmen gesetzt, damit diese überflüssigen Kontumazmaßregeln abgestellt werden."

Reichsrath Maager erwähnte hierauf, daß letzteres in neuester Zeit auch wirklich der Fall gewesen sei.

Graf Clam: "Insofern die Argumente des Herrn Reichsrathes Maager gegen die speziellen Anträge, welche die Sub-Beilage 5 enthält, gerichtet sind, glaube ich eigentlich nicht, daß es nöthig sei, in eine weitere Erörterung einzugehen, nachdem den Antrag nicht ein Antrag des Comité's, sondern, wie bereits wiederholt hervorgehoben wurde, nur ein solcher ist, welcher der Berücksichtigung des hohen Ministeriums des Innern empfohlen wird."

"Insofern sich jedoch der Herr Reichsrath Maager auf speziell schlechte Einrichtung dieser Anstalten bezieht, oder gegen solche Beschwerde führt, so sehe ich darin keinen Grund, sich gegen diese Anstalten im Allgemeinen auszusprechen und die Zweckmäßigkeit und des Wünschenswerthe derselben überhaupt in Abrede zu stellen. Ich möchte den genannten Herrn Redner auf die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Provinzen aufmerksam machen. Für Galizien muß auf das Bestimmteste die Nothwendigkeit dieser Anstalten anerkannt werden, eine Nothwendigkeit, welche über allen Zweifel erhaben ist. Der Herr Reichsrath Maager hat gesagt: es wären ihm keine Fälle der Einschleppung der Seuche bekannt; in Galizien ließen sich aber Hunderte von Fällen aufweisen, in welchen diese Seuche durch Einschleppung und nur durch Einschleppung sich verbreitete, und das erst in letzter Zeit. Die Angelegenheit ist von solcher Wichtigkeit, daß man sie nicht mit allgemeinen Anschauungen abhunkeln kann."

"Ich bemerke, daß als im vorigen Jahre oder vor zwei Jahren in Galizien die Seuche ausgebrochen war, die Englische Regierung und noch viele andere Regierungen eigene Abgesandte nach Galizien geschickt haben, um das Wesen der Seuche an Ort und Stelle zu studiren, welche Abgesandten sich auch alle über die Zweckmäßigkeit der Einrichtung dieser Anstalten aussprachen."

"Es ist von dem Herrn Reichsrathe Maager hervorgehoben worden, daß in derlei Anstalten ein Hemmnis der Industrie und deren Aufschwungs liege. Es mag sein, daß die Kontumaz in einem gegebenen Falle ein Hemmnis ist, aber es gibt Hemmnisse, welche sich oft dadurch als solche nützlich bewähren können, indem sie vor andern Uebeln und Gefahren bewahren."

"Den immer wiederkehrenden Gefahren der Seuche gegenüber ist die Erleichterung des Handels weit aufzuwiegen."

"Die Nothwendigkeit solcher Anstalten wird namentlich auch von den Deutschen Regierungen anerkannt, und eine Thatfache ist es, daß die dortige Kontumaz-Anstalt, wenn die Seuche an der Grenze der Deutschen Lande vorkommt, eine Strenge üben, welche viel weiter geht als bei uns."

"Das Bedürfnis dieser Anstalten ist ein so tief gefühltes, daß ich nur sehr erfreut bin, in dem Comité-Berichte diesem Bedürfnisse Ausdruck gegeben zu sehen, und ich müßte es sehr bedauern, wenn durch einen Antrag dieser Passus beseitigt würde."

Vizepräsident Graf Rostk: "Ich möchte mir nur erlauben, hier eine kleine berichtende Bemerkung zu machen."

"Die Diskussion über diesen Gegenstand scheint eine sehr verwirte werden zu wollen, da man zu spricht: Hier aber handelt es sich nach meiner Meinung bloß um die Vieh-Kontumaz-Anstalten."

"Was also in dieser Beziehung von besonderen Hemmnissen, die durch solche Anstalten dem Handel und Verkehr, sowie dem Hin- und Herreisen auferlegt werden, gesprochen worden ist, entfällt Alles, wenn man sich auf diesen Punkt beschränkt."

"Nach meiner Ansicht handelt der fragliche Abschnitt des Comité-Berichtes nur von den Vieh-Kontumaz-Anstalten."

Graf Clam: "Es ist allerdings auch bei dem Viehhandel und bei dem Handel mit Abfällen im Falle einer Seuche der Verkehr selbst berührt."

Vizepräsident Graf Rostk: "Ich kann nur dem Comité beistimmen, da es das einzige Mittel, um die wirklich große Kalamität der Rinderpest zu verhindern, in's Auge gefaßt und darauf Bedacht genommen hat, daß diese Anstalten bleibend aufrecht erhalten werden und nicht erst in dem Momente in's Leben treten, in welchem die Rinderpest schon im Rücken der Anstalten eingeschlichen ist."

Reichsrath Maager: "Ich werde nur ganz kurz nicht eine Berichtigung, sondern nur eine Erläuterung hier beizufügen mir erlauben."

"Es ist allerdings richtig und wahr, die Kontumaz-Anstalten betreffen Menschen und Vieh."

"Was das Vieh anbelangt, so habe ich mich, was Siebenbürgen angeht, gegen die Errichtung solcher kostspieligen Anstalten in geschlossenen Räumen ausgesprochen; aber ich habe diese Kontumaz-Anstalten überhaupt als Hemmnis des Verkehrs, nicht in Bezug auf den Viehhandel, sondern auf den Verkehr mit Menschen in's Auge gefaßt und in Bezug auf die Placereien, denen die Menschen in diesen Anstalten ausgesetzt sind."

Dr. Hein: "Nachdem der Herr Reichsrath Maager diese Berichtigung gegeben, verzichte ich auf das Wort."

Graf Szécsen: "Ich habe nur eine Bitte um Aufklärung in Bezug dessen, auf welchen Passus des Antrages sich die Bemerkung des Reichsrathes Maager hinsichtlich der kostspieligen Gebäude bezieht."

Graf Clam: "Es heißt in der Beilage des Subcomité-Berichtes nur:

"In gutgeordneten und streng überwachten Kontumaz-Anstalten insbesondere an den östlichen und nördlichen Grenzen der Monarchie."

"Es ist hier nicht auf ihre Errichtung hingewiesen, sondern nur auf den Umstand, daß sie eben bleibend bestehen sollen; damit wird nur verhütet, daß nicht, wie in jenen Orten, wo die Feuerprisen erst nach dem Feuer in Stand gesetzt werden, diese Kontumaz-Anstalten erst dann in's Leben treten, wenn die Seuche schon im Lande ist."

Freiherr v. Petrinó: "Ich bemerke, daß in Bessarabien die Viehseuche fortwährend herrscht und nicht aufhört, daher die Kontumaz um so dringender nöthig ist. Der beste Beweis hievon ist, daß die Viehseuche alle zwei bis drei Jahre in der Bukowina auftritt, so daß die Bevölkerung dabei verarmt."

"Im vorigen Jahre wurde sie bis nach Mähren und Böhmen von Rußland aus verschleppt, wo sie, wie schon bemerkt, das ganze Jahr hindurch herrscht. Uebrigens hat sich der Herr Reichsrath Maager aus der Bukowina, welcher in St. Petersburg bei der Commission war, dahin ausgesprochen, daß die Seuche dort stets fortwähre und daher die Kontumaz-Anstalten sehr nothwendig seien."

Reichsrath v. Tkalab: "Siebenbürgen hat auch so viel traurige Erfahrungen in Bezug auf die Einschleppung der Viehseuche gehabt, daß ich unbedingt den Antrag des Comité's unterstützen muß."

(Fortsetzung folgt.)

Österreichische Monarchie.

Wien, 21. Nov. Se. Majestät der Kaiser wird heute Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten mit einem Separatzuge der Kaiserin Elisabeth-Eisenbahn von Stuttgart hier eintreffen. Die Rückreise von Stuttgart erfolgte gestern Abends, geht über München und Salzburg und wird in 18 Stunden zurückgelegt. Die Ankunft in Salzburg erfolgt heute Früh, woselbst Se. Maj. das Frühstück einnimmt.

Se. Majestät der Königin Mar. sind am 19. d. M. Nachmittags von München auf dem Bahnhof in Augsburg eingetroffen, um Se. k. k. Apostolische Majestät, Allerhöchstselbe von Bamberg zurück über Augsburg nach Stuttgart zu begrüssen. Kurz nach 4 Uhr kamen Se. Majestät der Kaiser an. Die beiden Monarchen begrüßten sich herzlich. Se. Majestät der Kaiser trugen die Oberstenuniform des Bayerischen dreizehnten Infanterie-Regiments, dessen Inhaber Allerhöchstselben sind, Se. Maj. der Königin die Oberstenuniform Allerhöchstselbes Österreichischen Kürassier-Regiments. Sofort begaben sich die beiden Monarchen zum Diner. Kurz vor 5 Uhr verabschiedeten sich Allerhöchstselben eben so herzlich. Se. Majestät der Kö-

nig geleitete Se. Majestät den Kaiser an den Wagen des Separatzuges und wenige Minuten nachher reisten Se. Maj. der Königin unter dem schallenden Hochruf der auf dem Bahnhof Versammelten nach München zurück.

Aus Stuttgart, 19. Nov. berichtet die „Allg. Ztg.“: Se. k. k. Hoheit der Großherzog von Baden wird diesen Abend hier zum Besuch der k. k. Familie erwartet und wird wohl gleichzeitig mit Se. Majestät dem Kaiser von Oesterreich hier eintreffen. Zur Bewillkommung Se. Majestät ist heute um 11 Uhr Se. königl. Hoheit Prinz Friedrich, Schwiegersohn Sr. Majestät des Königs, nach Ulm abgegangen. In seinem Gefolge befinden sich der General-Adjutant des Königs Freiherr von Reisch und der erste Stallmeister Freiherr von Hügel, beide letztere von Sr. Majestät zur Dienstleistung bei Sr. Majestät dem Kaiser für die Dauer Allerhöchstselbes Aufenthaltes hierseits designirt. Schon gestern ist der k. k. Gesandte am biesigen Hof, Freiherr von Handel, Sr. Majestät dem Kaiser nach Augsburg entgegengereist, um Allerhöchstselben von dort aus nach Würtemberg zu begleiten.

F.M.E. Baron Mertens befindet sich seit ein paar Tagen in Wien, wohin er vom F.M. Grafen Degenfeld unmittelbar nach dessen definitiver Ernennung zum Kriegsminister, telegraphisch berufen wurde, um bei der neuen Organisation des Kriegsministeriums mitzuwirken.

Die „Deferr. Z.“ versichert, daß die Regierung die Absicht habe, vor den Landtagswahlen die Gemeinderäthe und Vorstände nach dem Gemeindegesetz von 1849 erneuern und vervollständigen zu wollen.

Das Professoren-Kollegium der biesigen medicinischen Facultät hat als Kandidaten für die Stelle eines Rector magnificus die Professoren Hofrath Dr. Dypolzer und Regierungsrath Dr. Schuch gewählt. Als Kandidaten des Doctoren-Kollegiums werden Director Helm und Dr. E. Raimann genannt.

Dr. Kumar, welcher die Kaiserin Elisabeth als ordinirender Arzt auf ihrer Reise nach Madeira begleitet, ist ein geborner Steiermärker. Um der vollen Verantwortlichkeit überhoben zu sein, gedenkt Dr. Kumar in kurzen Zeiträumen Auszüge aus seinem Tagebuche an Herrn Professor Stoda zu übersenden und so der Einsicht dieses berühmten Arztes, seines Lehrers, die Entscheidung über die Dauer des Aufenthaltes Ihrer Majestät in Madeira, welche ihm sonst allein überlassen wäre, anheimzustellen.

Die durch die Erkrankung des Vice-Präsidenten Dr. Schwarz unterbrochenen Schlussverhandlungen im Prozeß Richter sind am 18. nach 9 Uhr Vormittags unter dem Vorhise des Landesgerichtsrathes Winter wieder aufgenommen worden. Der Gerichtshof ist nunmehr aus den Landesgerichtsräthen: Dufcher, Kumpfmüller, Peitler und Adjunct Spada, mit den Adjuncten: Panfingel und Arc als Ersatzrichtern zusammengefasst. Nachdem die drei Angeklagten vorgerufen und auf ihren Sigen waren, eröffnete der Vorsitzende die Verhandlung damit, daß er es im Interesse der Zeitersparung für zweckdienlich halte, die unter seinem Vorgänger gewonnenen Resultate derart zu reasumiren, daß die Protokolle der früheren Verhandlungstage zur Verlesung gebracht wurden. Zu diesem Ende forderte er die Angeklagten zur Erklärung auf, ob sie mit seinem Vorschlage einverstanden wären, was Krumbholz und Baier durch ein stummes Kopfnicken, Richter aber durch die wiederholte Ausrufung: „Er sei mit Allem einverstanden, was der hohe Gerichtshof verfüge!“ bejahten. Die Vertbeidigung behält sich eine Ergänzung der Protokolle vor. Nun wurden die Protokolle der drei abgelaufenen Verhandlungstage vorgelesen, während dieser nur Richter auf dem Anklagestuhle verblieb. Diese Prozedur nahm eine längere Zeit in Anspruch.

Den Gerüchten über Ausweisungen und Bestrafungen mehrerer Studirenden in Prag wegen nationaler Demonstrationen beim Gräberbesuche am Allerseelentage wird von der Prager Z. jede Grundhaltigkeit abgeprochen.

Deutschland.

Die mehrseitig noch immer bekämpfte Anlage eines Kriegshafens auf der Insel Rügen ist, zufolge einer Nachricht der „Prager Ztg.“ aus Berlin, als festbeschlossene Sache zu betrachten. Dagegen scheint es, als würden die Ausführungsarbeiten auch im nächsten Jahr noch nicht mit aller Kraft aufgenommen werden. Bei dem großen Mehrbedarf für die Landarmee soll für das außerordentliche Marinebudget keine sehr bedeutende Erweiterung zu erwarten stehen. Es bleibe dies um so ernster zu beklagen, als bei der jetzigen Lage der Dinge Preußen ganz vorzugsweise auch auf die Kräftigung seiner Vertheidigungsfähigkeit zur See und insbesondere auf einen wirksamen Schutz seiner Küsten Bedacht zu nehmen habe. Wenn man die geringen Mittel betrachte, die fort und fort für das Marinewesen aufgewendet werden, so dränge sich unwillkürlich immer von neuem die Frage auf: ob von diesen ganz unzureichenden Veranlassungen denn wirklich eine erfolgreiche Vertheidigung der Interessen erhofft werde, welche durch Angriffsfahren von der See her bedroht erscheinen?

In der Sitzung der sächsischen zweiten Kammer am 17. motivirte der Abg. Riedel seinen Antrag auf Schaffung einer deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung durch dieselben Gründe, wie sie schon so oft und an verschiedenen Orten vorgebracht wurden. Minister v. Bülow bemerkte vorläufig nur in Kürze, daß die sächsische Regierung gleichfalls für eine Volksvertretung am Bunde sei, nur verstehe sie darunter nicht eine Volksvertretung im Sinne des Frankfurter Parlaments, sondern eine angemessene Vertretung der Kammern der Einzelstaaten beim Bunde für gemeinsame Gesetzgebung. Der Antrag Riedel's wurde der dritten Deputation zur Berichterstattung überwiesen.

Am 16. d. hielt die kurhessische zweite Kammer eine Sitzung, in welcher unter ausdrücklicher Versicherung, daß in dem Act kein Verzicht auf die Verfassung von 1831 liegen solle, die Wahlen des Präsidiums und der Vicepräsidenten vorgenommen wurden. Die erstere fiel auf den Oberpostmeister Nebelthau, der nebenbei in Kassel als Vicebürgermeister und Obergerichts-Anwalt fungirt. Er ist ein Mann von entschiedener liberaler Gesinnung. Wie man hört, soll der nächste vorzunehmende Act eine ständische Petition an den Kurfürsten um Rückgabe der alten Verfassung sein.

Frankreich.

Paris, 18. Nov. Die beiden gegen den höheren Klerus und seine Action gerichteten Rundschreiben des Ministers des Innern sind gestern im Amtsblatte veröffentlicht worden. Sie sind viel weniger wichtig in Betreff ihrer anerkannten Wirkungen, als in ihrer Eigenschaft als Symptome von den Gesinnungen und Absichten des Gouvernements gegen Rom und den Episcopat, und deshalb werden sie auch von den liberalen Blättern willkommen geheißen. — Der „Constitutionnel“ protestirt gegen die Tendenzen und Conclusionen der Broschüre Empereur Pape, aber man merkt, daß der Artikel eine verbüllte Reklame für eine Schrift ist, auf die man die Aufmerksamkeit des Publikums lenken möchte. Ganz ebenso machte man es beim Erscheinen der Broschüre Le Pape et le Congrès. — Ein sehr zahlreiches Auditorium hatte sich heute im Saale der sechsten Kammer des Justizpalastes eingefunden, um dem Prozesse der „Opinion nationale“ beizuwohnen, aber die Debatten sind verlagert worden, weil der Hauptangeklagte krank ist und nicht erscheinen konnte. Dasselbe Blatt feiert jetzt P. Savazzi, dessen Predigt von einem Redakteur der „Opinion nationale“ überseht und herausgegeben worden sind. — Die Abreise der Kaiserin ist noch immer das Gespräch Aller. Woher dieser schnelle Entschluß? Diejenigen, die sich noch kurz vorher gefeiert hatten, erhielten zwar den Eindruck einer gebeugten und leidenden Frau, und die schwarzen Gewänder, in denen die Kaiserin in einer fast feierlichen Trauer einherging, erhöhten diesen Eindruck noch. Die Predigten Pater Ventura's hatten tief auf sie gewirkt. — Die Kaiserin geht zur Herzogin von Hamilton, die nicht weniger religiös und dem Papste ergeben ist, als sie. Die Hofleute gestehen, die Kaiserin werde „nicht so bald“ zurückkehren; sie erzählen, die Kaiserin habe bei ihrem Scheiden gesagt: „Dieu veuille que les malheurs que je prévois n'arrivent pas.“ Die Kaiserin ist vier und dreißig Jahre alt. — Der „Constitutionnel“ bringt heute ein Communiqué, worin erklärt wird, die individuellen Gaben können auch durch die Vermittlung des Bischofs oder des Pfarrers an den Papst befördert werden. Gleichzeitig veröffentlicht heute die „Union“ einen vom 17. d. Mts. datirten Hirtenbrief des Bischofs von Orleans über den Peterspennig, den man wohl als eine Antwort des berühmten Prälaten auf das Rundschreiben des Herrn Billault betrachten darf. Die „B. u. G.“ berichtet: Alles stimmt überein, den Grund der Leiden der Kaiserin in tiefem Kummer über die Lage des Papstes zu suchen. Die Königin Isabella soll durch eine sehr lebhaft Privatcorrespondenz diese Stimmung der Kaiserin bis zur Exaltation gesteigert haben. Man nimmt an, daß der Aufenthalt in Schottland sich bis in die ersten Wochen des neuen Jahres verlängern könnte.

Ein den Journalen v. 18. d. zugegangenes „Mitgetheiltes“ erklärt, daß von dem Ministerium des Innern unter dem 10. November an die Präfecten ergangene Rundschreiben bezwecke, den Zutritt von Ausländern zu verhindern, welche auf eine Agitation abzielen.

Großbritannien.

London, 18. November. Hinsichtlich der Seereise des Prinzen von Wales wird nachträglich noch bemerkt, daß das Geschwader vorzugsweise mit den Nordostwinden zu kämpfen hatte. Die Hero, das Fahrzeug, auf welchem sich E. Königl. Hoheit befand, war nur auf sechs Tage mit Kohlen versehen, und die Ariadne mußte sie häufig ins Schlepptau nehmen. Einmal bugsierte sie die Hero 200 Seemeilen weit, da aber rissen die Aue, und weil sich dieser Vorfall in Folge des wilden Wetters mehrmals wiederholte, mußten die ferneren Schleppversuche aufgegeben werden. Dadurch zog sich die Fahrt so in die Länge, daß die Besatzung bald auf schmale Kost gesetzt worden wäre und daß der Vorrath von frischem Fleisch ausging. Schon war das Geschwader in voriger Woche der englischen Küste auf 200 — 250 Seemeilen nahe gekommen, als es in unsanfter Weise wieder in den Ocean zurückgeworfen wurde. Die Hero und die Ariadne blieben jedoch auf der ganzen Reise einander nahe, während sie von dem dritten Fahrzeuge The Flying Fish getrennt wurden.

Lord Derby hat sich zwar von seinem letzten Unwohlsein vollständig erholt, soll aber, so heißt es gerüchelt, nicht weiter gesonnen sein, den Posten und die Mühen des Hauptführers seiner Partei zu übernehmen. Wer seine Stelle in einem solchen Falle übernimmt, würde während der nächsten Tage wohl in dem Lande Disraeli's entschieden werden, da sich eben von den Führern der conservativen Partei Lord Stanley, Lord John Manners, Lord Malmesbury und der Marquis of Salisbury daselbst zu Gast befinden. — Die Angabe eines Blattes, daß die Yacht „Victoria and Albert“ Ihrer Majestät der Kaiserin von Oesterreich zur Verfügung gestellt, aber als zu wenig geräumig abgelehnt worden sei, ist unrichtig. Die genannte Yacht ist die größte die England besitzt und geräumiger als die Yacht „Osborne“, in welcher die Kaiserin die Ueberfahrt machen wird. Irrthümlich scheint ferner die Angabe, daß die „Osborne“ von einem Geschwader britischer Schiffe begleitet und daß dieses durch den Prinzen von Leiningen befehligt sein soll.

Die kgl. Yacht Victoria and Albert ist am 18. d. nach Antwerpen abgesegelt, um Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich an Bord aufzunehmen und nach Madeira zu bringen.

Italien.

Victor Emanuel hat, wie die „R. Z.“ versichert, am 10. d. den vor Neapel ankommenden englischen Admiral zu sich beschieden, und ihn gebeten, der Königin seine außerordentliche Freude über die Russische Note vom 27. Oct. zu berichten. Derselbe ermutigte ihn, auch ferner mit Energie vorzugehen.

Die Nationalität erklären die Nachricht, als wolle die Turiner Regierung noch vor Zusammentritt des Parlaments eine Anleihe machen, für unbegründet, da die verfügbaren Geldmittel bis dahin vollkommen ausreichen.

Das „Movimento“ erzählt, Garibaldi sei höchlich überrascht gewesen, als er nach seinem kleinen Etande Caprera kam. Ganz unwirthbare Felsen habe er in Gärten verwandelt, mit Pflanzungen bedeckt gefunden u. s. w. Sein Erstaunen sei noch mehr gewachsen, als er an der Stelle seines bescheidenen Hauses eine elegante Villa getroffen habe. Und die Zauberkraft, die Alles dies geschaffen, sei keine andere gewesen, als die des Königs Viktor Emanuel.

Lamortiere ist nicht aus päpstlichem Dienste entlassen, sondern zur Disposition gestellt. Das Manuscript seiner Verteidigungsschrift circulierte einige Tage in anti-napoleonischen Kreisen Rom; dort nannte man es „le bombardement des Tailloires“; man glaubt, ihn noch einmal an der Spitze einer päpstlichen Armee zu sehen.

Se. Eminenz Cardinal Antonelli hat in einer vom 3. November datirten und an das diplomatische Korps gerichteten Circularnote gegen die piemontesische Okkupation und gegen das schmäblich mißbrauchte Princip der allgemeinen Volksabstimmung Protest eingelegt. Es heißt darin: welcher, verderblichen Unsicherheit würden die Regierungen beständig und mit ihnen die ganze bürgerliche Gesellschaft unter der Einwirkung eines Princip's ausgesetzt sein, das seiner Natur nach so fruchtbar ist an Agitationen, Wirren und Unordnungen, die geeignet sind, den allgemeinen Umsturz in ihrem Gefolge herbeizuführen? Auf Grundlage dieser höchst inhaltschweren Erwägungen befindet sich die päpstliche Regierung in dem Falle, gegen den Mißbrauch zu protestiren, der seitens der usurpatorischen Regierung mittels des vermeintlichen Appells an die Abstimmung der Bevölkerung befohlen der Entscheidung über das Schicksal ihres Souveräns geübt worden ist und noch immer geübt wird; ein Mißbrauch, welcher der Einführung eines Princip's gleichkommt, das alle Rechte und Gerechtigkeiten der rechtmäßig eingesetzten Souveränitäten verkennt, gerechtfertigt und zerritt, das Recht, welches auf Grundlage solenneller Verträge und internationaler Konventionen die Verwaltung der Staaten regelt, entstellt und umstürzt, die unveränderlichen ewigen Grundgesetze der Gerechtigkeit zu beseitigen strebt, das ungeheuerliche Recht der Usurpation einführt und in die Gesellschaft den Keim verderblicher Beunruhigungen und Wirren bringt. Die Empfindungen der höchsten Mißbilligung, mit denen sich die anderen Regierungen über die raubhüftige Position der piemontesischen Regierung und über die unqualifizirbare usurpatorische Haltung ausgesprochen haben, die im Kirchenstaate wie in anderen Staaten Italiens angenommen hat, lassen nicht daran zweifeln, daß der abermalige Protest, mit welchem die Regierung Sr. Heiligkeit jetzt zum Schutz und zur Verteidigung der weltlichen Souveränität des römischen Papstes gegen die um sich greifende verlegende Haltung auftritt, mit welcher der Usurpator auf die gänzliche Vollführung der gräulichen und verwegenen Invasion in den oben genannten Provinzen besteht, wie er dies bereits in den schon früher sich angezeigten Theilen des Kirchenstaates gethan hat, daß dieser Protest, sagen wir, bei jeder dieser Regierungen gleiche Aufnahme begegnen wird. Mit vollem Grunde gibt man sich auch der zureichenden Erwartung hin, daß die vorerwähnten Regierungen ihren wirksamen Beistand verleihen werden den gerechten Vorstellungen der Regierung Sr. Heiligkeit, ferner dem guten Rechte, mit welchem sie den Souverän und die Regierung Piemonts für alle aus der seindseligen, in den Gebieten des heil. Stuhles noch immer aufrecht erhaltenen Invasion verantwortlich macht, und der Reklamation, kraft welcher sie seiner Zeit von den Eindringlingen die vollständige Wiedereinführung erwartet.

Rußland.

Wie es heißt, soll der englische Gesandte in Petersburg, Sir John Crampston, der sich ins Privatleben zurückzieht, durch Lord Napier, englischen Gesandten in Haag, ersetzt werden.

Türkei.

Die französische und türkische Flotte sind in den ersten Tagen d. M. im Hafen von Beirut vermindert worden. Das türkische Linienschiff ist nach Konstantinopel zurückgekehrt, und das französische Linienschiff Donauorth ist mit dem Gegenadmiral Jéhenne nach Frankreich abgegangen. Derselbe wird jedoch früher die verschiedenen Häfen der Küste von Syrien und Palästina berühren. Der Stand der Kriegsschiffe im Hafen ist jetzt folgender: Drei englische Fregatten und drei Kanonenboote; drei russische Fregatten nebst einem Aviso-Dampfer; eine französische Corvette nebst einem Dampfer; eine türkische Fregatte mit zwei Corvetten und drei Kanonenboote, endlich ein griechischer Aviso-Dampfer. Fuad Pascha präsidiert fortwährend den Sitzungen des Tribunals, und hat neuerdings Verhaftungen in Saida vornehmen lassen. Auch hat er befohlen, die Delinquenten in den confiscirten Gütern der Drusenhäuptlinge zu verkaufen. Die französische Armee hat ihre Quartiere im Libanon aufgeschlagen, zwei Stunden von Beirut in den Dörfern Bolda

und Haval, wo sie die verbrannten Häuser der Christen wieder aufrichtet.

Amerika.

Bekanntlich entscheidet sich die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten alle vier Jahre am ersten Dienstag im November, und zwar nach dem indirekten Wahlmodus, wobei jedoch die Wahlmänner jedes Staates nur die Stimmtäger der Urwähler sind. Die Zahl dieser Elektoren entspricht der Repräsentation jedes Einzelstaates im Kongresse. Diese Zahl beträgt jetzt 303. Abraham Lincoln hat seine drei Mitbewerber Bell von Tennessee, den Vertreter der Whigs und Knownothings, Breckinridge und Douglas, die Kandidaten der Demokraten oder Pro-Sklaverei-Partei, welche mit dem bisherigen Präsidenten James Buchanan am Staatsruder gewesen, aus dem Felde geschlagen. Seine Wahl zum Präsidenten ist ein großer Sieg der republikanischen oder Anti-Sklaverei-Partei. Auch der Vizepräsident Hamlin ist Republikaner. Der Sieg dieser Partei wird die Sklaverei-Frage zur Entscheidung bringen.

Bermischtes.

** In Mariahilf verließ ein Herr seine Wohnung und zog in eine andere, weil ihn das Gekröppern (Klirren) der telegraphischen Depeschen immer aufweckt! —

** Die Verpachtung des k. k. Hofopertheaters ist definitiv beschlossen, und zwar mit einer Subvention jährlicher 180 Tausend Gulden öfter. Währ. für deutsche Opern- und Balletvorstellungen, jedoch gegen die Bedingung, daß der jeweilige Pächter gehalten ist, die bestehenden Contracte und Pensionen ausreicht zu erhalten. Der Pachtconcur wird nächsten ausgeschrieben.

** Die Tribüne ist der Name eines jüdischen von Herrn Dr. Alexander Brix herausgegebenen und redigirten Tagblattes, welches vom 1. December in Wien erscheinen wird.

** Aus Stuttgart wird geschrieben: Der Zustand des unglücklichen Dichters Simrod, der vor einiger Zeit in die Irrenheilanstalt Winnenden verbracht wurde, hat sich so sehr verschlechtert, daß nun Zwangsmittel angewendet werden mußten. Ursache seines Leidens sind die drohenden Ereignisse des letzten Jahres, als deren Folge er Verlust seiner Bildung und Civilisation kommen, und an deren Stelle Despotie und Barbarei treten sah.

** Ein kranker Maurer, der in das Münchner homöopathische Hospital gebracht wurde, verlangte seine Entlassung, weil er es unanständig fand, daß er nicht täglich 2 Maß Bier bekam.

** Die neueste Nummer der Illustrirten Zeitung vom 17. d. bringt unter andern Illustrationen eine große Humoreske von Herbert König über die Gewinn-Verloosung der deutschen National-Lotterie in Dresden mit dem Verle von Schiller: „Unvergleichlich ist das Leben des Götter unter der Menschheit jüngerem Geschlecht.“

** Von Stanislaus Graf Grabowski, Verfasser der jowianischen Soldatengeschichten, liegt ein zweibändiger Roman vor unter dem Titel: „Ein leidenschaftliches Herz“ (Leipzig, bei W. Grunow), ein fester-ernstes Gemälde von der Leidenschaft einer Wundheiler.

** Ein neues Lustspiel in Versen von Castelli, betitelt: „Gefährliche Hilfe“, ist von der Dresdener Hofbühne zur Aufführung angenommen worden.

** Der talentvolle (auch hier bekannte) Cello-Virtuose Denis aus Wien, welcher gegenwärtig auf einer Kunstreise durch Rußland begriffen, in Kiew concertirt und vom Theaterdirector in Moskau bereits für vier Konzerte engagirt ist, erntet in Rußland nicht nur Ruhm sondern auch Beifall und Anerkennung seines Talentes. Im Lager bei Warschau hatte er, wie das „Bat.“ erzählt, das Glück, einen Kunst-Wägen in der Person eines fähigen russischen Generals zu finden, unter dessen Regide er eines der originellsten Konzerte, die je noch gegeben wurden, veranstaltete. Die lebenswürdige Tochter des funktfähigen Generals hatte die Güte, den Selbstmord am Klavier zu begleiten. Zwölf Militär-Musikbänder waren beordert, bei diesem Konzerte mitzuwirken. Besonderen Effect machte die Tannhäuser-Ouverture machen. Man dachte sich diese schon an und für sich grandios instrumentirte Composition nun von zwölf Militär-Musikbändern (nahezu an 800 Mann!) exekutirt! Uebrigens verstehen sich die Bandisten der russischen Militärkapellen auch ganz gut auf Streichinstrumente. Die Villen zu diesem Konzerte ließ der General durch die Adjutanten nur unter die Officiere vertheilen. Das Auditorium bestand jedoch ausschließlich nur aus Offizieren und zwar gegen 700 an der Zahl. Der Konzertegeber erfreute sich einer reinen Einnahme von 500 Rubeln.

** Der neue Jahrgang des Gothaischen genealogischen Hofkalenders, dessen Erscheinen sich in diesem Jahre um etwas verzögert hat, liegt nunmehr in der Ausgabe für 1861 vor. In dem vorliegenden neuen Jahrgange sind die genealogischen Nachrichten, das Personal der oberen Staatsbehörden und das diplomatische Corps im Text oder in den Nachträgen bis gegen das Ende des Octobers berichtigt und auch die statistischen Nachrichten zeigen das Bemühen, das Neueste zu bringen. Es findet sich in letzterer Hinsicht gerade bei den größeren europäischen Staaten manches wohl noch nicht allgemein Bekanntes aufgeführt; so sind z. B. unter „Rußland“ den erst im letzten Jahrgang mitgetheilten jüngsten offiziellen Angaben über Größe und Bevölkerung die neuesten Berechnungen des Areals aller Theile des russischen Reiches durch den Director der Sternwarte zu Moskau, Herrn Schewier, hinzugefügt, die wesentlich von früheren abweichen, dennoch als die zuverlässigsten anerkannt sind. Nach ihnen enthält das europäische Rußland 97,235 Q.-M. statt der früheren Angabe von 96,180, das asiatische 270,540 Q.-M. statt 392,556; die amerikanischen Besitzungen betragen 24,298 statt 17,500 und das ganze Reich umfaßt 293,674 Q.-Meilen statt 353,236. Bei dem Artikel Oesterreich müssen dem Leser die Mittheilungen aus dem neuesten umfassenden Censuss in Bezug auf die gegenwärtigen politischen Veränderungen des Kaiserthums willkommen sein, zumal die kirchlichen und nationalen Verhältnisse besonders hervorgehoben sind. Nach Abzug des abgetretenen Theils der Lombardie befinden sich unter 35,040,810 Einwohnern 23,966,005 lateinische, 3,526,951 Griechische, 9737 Armenische Katholiken, 2,928,126 nicht unirte Griechen, 3513 nicht unirte Armenier, 3,182,616 Protestanten, 1,050,036 Israeliten u. s. w. Nach der Nationalität theilten sich die Einwohner in 7,889,929 Deutsche, 14,822,546 Slaven, 5,628,807 Romanen, 4,947,134 Magyaren, 1,217,617 gehörten verschiedenen anderen Stämmen an. Die Uebersichten der österreichischen Armee und Flotte zeigen deren Stand bis zur Mitte dieses Jahres an, so wie ferner in Bezug auf die Finanzen die Veröffentlichungen des Finanz-Ministeriums während der Dauer der Beratungen des verklärten Reichstags im Wesentlichen mitgetheilt sind. Bei dem Artikel Preußen dürfte namentlich die detaillirte Uebersicht über die Stärke des Heeres nach der neuen Organisation Beachtung finden; daselbst beträgt im Frieden 212,649 Mann, im Kriege 622,866 Mann; die zum Kriege ausgebildete Mannschaft aber beläuft sich bei 19-jähriger Dienstzeit in Linie und Landwehr und unter Anrechnung von 25 pCt. Abgang während dieser Zeit auf 855,000 Mann, so daß nach Stellung der Armee auf den Kriegsfuß noch beinahe 250,000 Mann zur Verfügung stehen. Die Oesterreichische Armee erscheint auf dem Kriegsfuß nur wenig stärker, nämlich 632,013 Mann, während die Französische 760,951 Mann beträgt. Was Frankreich betrifft, so erfahren wir, daß es auf Grundlage des Censuss von 1856 gegenwärtig (nach der Annexion von Savoyen und Nizza) eine Bevölkerung von 36,746,432 Einwohnern und einen Flächenraum von 10,034 Q.-M. besitzt, gegen 36,039,364 Einwohner und 9748 Q.-M. vor jenem Censuss. — Um Anderes zu übergehen, dürfte noch Erwähnung verdienen die Verichtigung des Flächen-Inhalts des Königreichs Baiern (1384, Q.-M. gegen die frühere Angabe von 1387

Q.-M.) nach den Bestimmungen der Steuer-Kataster-Commission; ferner der Censuss für 1859 in Belgien (4,671,183 Einwohner), den Niederlanden (3,494,161 Einwohner) und Nassau (443,648 Einwohner); die neuesten detaillirten Angaben über den Flächeninhalt des Spanischen Continents (5980 Q.-M. gegen früher 5814) nach den Angaben der statistischen Central-Commission in Madrid aus dem Jahre 1858; endlich die ausführlicher als bei den anderen Ländern behandelten, zum Theil auf neuen officiellen Mittheilungen beruhenden, Größe und Bevölkerung betreffenden Details über die Italienischen Staaten.

** Die zur Vertilgung der Heuschrecken im Königreich Polen von der Regierung angeordneten Maßregeln sind mit der größten Strenge zur Ausführung gebracht worden und haben überall die glänzligen Resultate geliefert, so daß die Vertheilung für das Frühjahr gänzlich geschwunden ist. Am wirksamsten erwies sich das Feuer von Stroh- und Reisgarben, die auf den Feldern angezündet wurden. Die am Leben gebliebenen Heuschrecken wurden gefammelt und die Eier ausgegraben. So wurden auf der Feldmark des Städtchens Tomaszów im lubliner Gubernium 625 Korze lebendige Heuschrecken und 554 Garnice Eier gefammelt und an die Bürgermeisterei abgeliefert. Jeder Korze enthielt 6400 Heuschrecken und jeder Garnice 15,600 Eier. Es wurden mithin 4 Millionen lebendiger Heuschrecken und 9 Millionen Eier gefammelt.

** In Moskau hat am 21. October zum 48. Mal der feierliche Kreuzgang um den Kreml zur Erinnerung an die Vertreibung der Franzosen im Jahre 1812 stattgefunden. Von den Brüdern, welche bei den Moskauer Ereignissen theilhaftig waren, sind nur noch einige am Leben, unter ihnen der Metropolit Wladimir, der, mit dem Erinnerungskreuz geschmückt, auch diesmal wieder an der Spitze des Zuges stand.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Anlässlich der Ausgabe der Münz-Scheine berichtet die „Presse“, daß in den nächsten Tagen mit der Emission von Zehn- und Fünf-Scheinen begonnen werden wird, nachdem die dagegen vorgeschlagenen Bedenken beseitigt sind. Wie man hört, wird die Ausgabe nicht durch die Bank, sondern durch das Finanzministerium erfolgen, und zwar in einer Weise, welche den Gedanken, daß hiedurch indirect eine Vermehrung der schwebenden Staatsschuld stattfindet, ausschließt.

Paris, 20. November. Schlusskurse: 3 % 70.15 — 4 % 96. — Staatsbahn 515. — Cred. Mob. 767. — Lomb. 488. — Def. Kred. 338. — Consols mit 93 1/2 gemeldet. Gest. später malt; man glaubt, die Englische Bank werde den Gesompf erhöhen.

London, 20. November. Consols (Schluss) 93 1/2. — Wien 13 fl. 85 kr. — Lomb. 488. — Silber 61 1/2.

Wien, 21. November. National-Anleihen zu 5 % 77.20 Geld, 77.70 Waare — Neues Anlehen 88.80 G. 89.80 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5 % 67. — G. 67.50 G. — Aktien der Nationalbank (pr. Städt) 755. — G. 756. — W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. öfter. Währ. 172.50 G. 172.60 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. G. M. 1923. — G. 1925. — W. — der Galiz.-Karlsb.-Bahn zu 200 fl. G. M. 120 (60 %) Einz. 148. — G. 48.50 W. — Wechsel (3 Monate) auf: Frankfurt a. M., für 100 Gulden löb. B. 115.75 G. 116. — W. — London, für 100 Pf. Sterling 135.10 G. 135.30 W. — K. Münzputaten 6.43 G. 6.44 W. — Kronen 18.60 G. 18.63 W. — Napoleond'ors 10.81 G. 10.82 W. — Russ. Imperiale 11.15 G. 11.17 W.

Krautner Cours am 20. November. Silber-Rubel 100 fl. 100. 110 berl., fl. poln. 108. — Poln. Banknoten für 100 fl. öfter. Währ. 100. 335 verlangt, 329 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. öfter. Währ. 149. 74 verlangt, 73 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öfter. Währ. fl. 136 1/2 verlangt, 135 bezahlt. — Russische Imperiale fl. 11.15 verl., 10.95 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.84 verlangt, 10.64 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dufaten fl. 6.33 verl., 6.23 bezahlt. — Vollwichtige öfter. Rand-Dufaten fl. 6.43 verl., 6.33 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst Lauf. Coup. fl. p. 100 verl., 99 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst Lauf. Coup. fl. öfter. Währ. 67 1/2 verl., 65 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen öfter. Währ. 68 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe vom dem Jahre 1854 fl. öfter. Währ. 77 verlangt, 76 1/2 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwig-Bahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60 % fl. öfter. Währ. 152 verl., 150 bez.

Neueste Nachrichten.

Salzburg, 21. Nov. Sr. f. k. Apostolische Majestät um 7 Uhr 40 Minuten Vormittags von Stuttgart hier eingetroffen und haben nach eingenommenem Frühstück die Reise nach Wien um 8 Uhr 15 Minuten fortgesetzt.

München, 21. Nov. (Gz.) Die heutige (amtliche) Neue Münchner Ztg. berichtet aus Neapel, daß in der Provinz Aquila die Reaction immer mehr umschgreife. General Pianelli war genöthigt Aquila, Aversa, Civitavecchia in Belagerungsstand zu erklären. (wegen größerer Vollständigkeit hier wiederholt.)

Bern, 19. November. Herr Turgot hat vierwöchentliche Urlaubverlängerung erhalten.

Turin, 20. Nov. (Gz.) Die heutige „Opinione“ bestätigt die Nachricht, daß Garibaldi das General-Gouvernement der beiden Sizilien auf die Dauer eines Jahres gefordert, und sich nach Caprera zurückgezogen hätte, als ihm dieses abgelehnt wurde.

Mailand, 20. Novbr. Der heutigen „Perseveranza“ zufolge stellen sich täglich viele Freiwillige zur Verfügung des Königs Franz II., welcher die Reorganisation des bei Palermo größtentheils aufgeriebenen 1ten Regiments durch diese Freiwilligen befohlen hat. In Neapel fand neuerdings, von Borgo Sant-Antonio Abate — dem ärmsten Stadttheile — ausgehend, am 14. d. Mts. eine Demonstration zu Gunsten des Königs Franz II. statt. Viele Tausende jener Bevölkerung durchzogen die Straßen unter dem Rufe: Es lebe Franz II., rissen die piemontesischen Fahnen überall herunter und pflanzten die Bourbon'sche auf. Der Zug gelangte in dieser Weise bis zum Bahnhofe, wo der größte Theil von der Nationalgarde umringt, gefesselt und in's Gefängniß abgeführt wurde.

Rom, 17. November. General Geyon hat die Piemontesen aufgefordert, Terracina zu räumen.

Antwerpen, 20. November. Abends. Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich sind heute um 7 1/2 Uhr Abends hier angekommen und werden die Weiterreise morgen um 9 Uhr Früh antreten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Bocjet.

Verzeichniß der angekommenen und Abgereisten vom 20. November.

Angelommen sind die Herren Gutsdörfer: Stanislaus Graf Konarski a. Dubiedo. Franz Gf. Lubinski a. Polen. Abgereist sind die Herren Gutsdörfer: Felix Gf. Diebushy nach Babynów. Alexander Gf. Lagynski n. Warschau. Sigmund Jarosynski n. Polen. Sigoliti Lubizgowski n. Warschau. vom 21. November.

Angelommen die Herren Gutsd.: Josef Graf Wielopolski a. Chrobry. Felix Gutsdörfer a. Polen. Abgereist sind die Herren Gutsdörfer: Graf Franz Lubinski n. Polen. Heinrich Baron Kenopka n. Warschau. Johann Karwin n. Grudziowa.

Amtsblatt.

N. 14419.

Edict.

(2332. 1-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Befriedigung der den Erben nach Anton Höcl de Sternstein gebührenden, auf den, im Krakauer Kreise liegenden Gütern Płoki n. 14 on. haftenden Forderung von 20,500 fl. sammt 5% Zinsen, Gerichtskosten pr. 40 fl. 5. W., Executionskosten pr. 7 fl. 51 kr. 5. W. und 30 fl. 10 kr. 5. W., die wiederholte executive Feilbietung jener Güter, jedoch mit Ausschluß der Urbatal-Entschädigung im dritten Termine am 10. Jänner 1861 um 10 Uhr Vormittags beim k. k. Landesgerichte in Krakau unter nachfolgenden erleichterten Bedingungen abgehalten werden wird:

1. Zum Ausrufspreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert pr. 36768 fl. 29 kr. 5. W. oder 38606 fl. 90³/₄ kr. 5. W. festgesetzt, jedoch werden Anbote auch unter dem Schätzungswerte angenommen werden.
2. Jeder Kauflustige hat vor der Licitation zu Händen der Licitations-Commission ein Angeb (Vadium) von 5% des Ausrufspreises im Betrage von 1840 fl. 5. W. oder 1930 fl. 5. W. im Baaren, in Pfandbriefen der galizischen Creditsanstalt, oder in kais. österr. Staatsobligationen zu erlegen, und zwar die Pfandbriefe und Staatsobligationen nach dem letzten Kurse, welcher den Nennwert nicht übersteigen darf.
3. Das Vadium des Meistbietenden wird zurückgehalten, den übrigen Licitanten aber gleich nach geschlossener Licitation zurückgestellt werden.
4. Die Einrechnung des in Staatsobligationen oder Pfandbriefen erlegten Vadiums in den Kaufpreis findet nicht Statt. Der Meistbietende ist gehalten das erste Drittel des angebotenen Kaufpreises im Baaren, in welches, das im Baaren erlegte Vadium eingerechnet wird, binnen 30 Tagen, vom Tage der ihm gegebenen Aufstellung des Bescheides über den zu Gericht angenommenen Licitationsact zu Gericht zu erlegen, worauf ihm jene Güter in den physischen Besitz auf seine eigene Kosten, auch ohne sein Ansuchen übergeben, das in Obligationen oder in Pfandbriefen erlegte Vadium über sein Ansuchen ausgefolgt werden wird.
5. Die übrigen zwei Drittel des angebotenen Kaufpreises hat der Ersteher binnen 30 Tagen nach Rechtskraft der Zahlungstabelle, der, auf den Kaufpreis concurrierenden Gläubiger dieser Zahlungstabelle gemäß zu bezahlen, inzwischen aber von diesem Kaufschillingseste die Zinsen pr. 5% vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes halbjährig anticipative zu Händen des k. k. Landesgerichtes zu erlegen.
6. Der Ersteher hat vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes jener Güter, die darauf haftenden Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, ohne Anspruch auf einen Ersatz aus dem Kaufpreise, hingegen jene Lasten, deren Zahlung die Gläubiger vor den bedungenen oder gesetzlichen Aufkündigungsterminen nicht annehmen wollten, nach Maß des angebotenen Kaufpreises zu übernehmen.
7. Nach Erlag des ersten Dritttheiles des Kaufpreises wird dem Ersteher das Einantwortungsdecret bezüglich jener Güter erteilt, derselbe als Eigenthümer dieser Güter im Activstande, und dessen Verbindlichkeit, die übrigen zwei Dritttheile des Kaufpreises sammt 5% Zinsen, der 5. Licitationsbedingung gemäß zu bezahlen, im Lastenstande jener Güter auf Kosten des Ersteheres intabuliert, hingegen die im Lastenstande jener Güter haftenden Lasten, mit Ausnahme derjenigen, welche der Ersteher zufolge der 6. Licitationsbedingung zu übernehmen hat, über deren Befassung von den betreffenden Gläubigern beim Ersteher, derselbe sich ausgewiesen haben wird, erbtuliert und auf den erlegten und intabulierten Kaufpreis übertragen. Die Gebühren für die Uebertragung des Eigenthums, für die Intabulierung des Ersteheres als Eigenthümers und des Restkaufpreises, so wie für die Uebertragung der Lasten auf den Kaufpreis hat der Ersteher aus Eigenem ohne Anspruch auf Ersatz, zu berichtigen.
8. Sollte der Ersteher gegenwärtigen Licitationsbedingungen in was immer für einem Punkte nicht genau nachkommen, so werden jene Güter sammt Attinentien auf seine Gefahr und Kosten, wofür das erlegte Vadium und das Drittel des Kaufpreises zu haften hat; über Anlangen der executionsführenden Erben nach Anton Höcl de Sternstein, eines Gläubigers oder des Schuldners auch unter dem Schätzungswerte veräußert werden. Hinsichtlich der, auf diesen Gütern haftenden Lasten, Steuern und Abgaben, werden die Kauflustigen an das h. g. Hypothekenamt und an das k. k. Steueramt gewiesen, und denselben die Einsicht oder Abschriftnahme der Schätzung und der Licitationsbedingungen in der h. g. Registratur freigestellt.
9. Hiervon werden die executionsführenden Erben nach Anton Höcl de Sternstein durch ihren Vertreter Hrn. Dr. Machalski, dann Hrn. Richard Schreiber zu Händen seines Vertreters Hrn. Dr. Alth, dann die Gläubiger, deren Wohnort bekannt ist, zu eigenen Händen, hingegen alle diejenigen Gläubiger, welche nach dem 6. Mai 1860 zur Hypothek auf jene Güter gelangen sollten, oder denen die Licitationsauschreibung vor diesem Licitationstermine nicht zugestellt werden könnte, zu

Händen des Curators Hrn. Dr. Zyblikiewicz, welchem Advokat Hr. Dr. Geissler substituirt wurde, verständigt.
Krakau, am 29. October 1860.

L. 14419.

Obwieszczenie

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszem wiadomo czyni, iż na zaspokojenie pretensyi spadkobierców Antoniego Höcl de Sternstein, na dobrach Płoki w Krakowskim obwodzie położonych, sub Nr. 14 on. zabezpieczonych w ilości 20,500 zlp. wraz z odsetkami 5%, kosztami sporu w ilości 40 zlp. w. a. i kosztami egzekucyjnymi w ilości 7 zlp. 51 kr. m. k. i 30 zlp. 10 kr. wal. austr. odbędzie się w c. k. Sądzie krajowym w Krakowie licytacja dóbr Płoki z wyłączeniem wynagrodzenia urbaryalnego w terminie trzecim na dniu 10. Stycznia 1861 o 10ej godzinie zrana pod następującymi zwolnionymi warunkami:

1. Za cenę wywołania oznacza się wartość szacunkowa w ilości 36768 zlp. 29 kr. mon. k. czyli 38606 zlp. 90³/₄ kr. w. a., atoli na niniejszym terminie dobra rzeczowe nawet niżej ceny szacunkowej sprzedaniem zostaną.
2. Chęć kupienia mający ma złożyć przed rozpoczęciem licytacji na ręce komisji do licytacji wydelegowanej wadium 5% ceny wywołania t. j. 1840 zlp. mk. czyli 1930 zlp. w. a. w gotówce, listach zastawnych Towarzystwa kredytowego galicyjskiego, albo też w c. a. obligacjach Państwa, a to listy zastawne i c. k. obligacje według kursu ostatniego, wartość ich nominalną przewyższając niemogącego.
3. Wadium nabywcy zostanie zatrzymanem, innym zaś licytującym po skończonej licytacji oddanem.
4. Wadium złożone w obligacjach Państwa i listach zastawnych, niezostanie wracowanym w cenę kupna. Nabywca jest obowiązany, pierwszą trzecią część ceny kupna, gotówce, w którą wracowaniem będzie wadium w gotówce złożone, w dniach 30stu, od dnia doręczenia mu rezolucyi akt licytacji do wiadomości Sądu przyjmującej, do Sądu złożyć, poczem mu dobra powyższe nawet bez jego podania, w posiadanie fizyczne na jego koszt oddaniem zostaną, a wadium w obligacjach lub w listach zastawnych złożone, na jego żądanie zwróconem mu będzie.
5. Drugie dwie trzecie części ceny kupna, ma nabywca w dniach 30stu po prawomocności tabeli płatniczej, stosownie do téjże spłacić, tymczasem zaś, odsetki 5% od téj reszty ceny kupna, od dnia oddania mu dóbr w fizyczne posiadanie w ratach półrocznych anticipative do rąk c. k. Sądu krajowego składać.
6. Od dnia oddania mu fizycznego posiadania, nabywca przyjmuje na siebie również podatki na owych dobrach ciężące i inne publiczne daniny, bez zwrotu takowych z ceny kupna; zaś te ciężary, którychby spłacenia wierzyciele przed umówionym lub pewnym terminem wypowiedzenia przyjąć niechcieli, tylko w miarę ceny kupna.
7. Po złożeniu pierwszej trzeciej części ceny kupna, zostanie nabywcy dekret własności dóbr powyższych wydany, nabywca jako właściciel tych dóbr w stanie czynnym, zaś jego obowiązkiem do złożenia dwóch trzecich części kupna z odsetkami 5% stosownie do 5. warunku licytacyjnego w stanie ciężarów na koszt nabywcy intabulowanym; zaś ciężary w stanie biernym dóbr tych zabezpieczone, z wyłączeniem tych, które nabywca stosownie do 6. warunku ponosić ma, lub zostawieniem, których u nabywcy przez właścicieli wierzycieli, tenże wykaze się wykreslonemi, i na już złożoną i zabezpieczoną cenę kupna przeniesionemi. Należność za przeniesienie własności zaintabulowanie nabywcy jako właściciela i resztującej ceny kupna przypadającą również za przeniesienie ciężarów na cenę kupna, ma nabywca sam opłacić bez wynagrodzenia.
8. Gdyby nabywca warunków niniejszych w jakimkolwiek punkcie nie dopełnił, wówczas dobra powyższe zostaną na żądanie spadkobierców Antoniego Höcl de Sternstein, licytacyję tę popierających, jednego wierzyciela lub dłużnika nawet poniżej ceny szacunkowej, na niebezpieczeństwo i koszt nabywcy sprzedanemi, na zabezpieczenie których ma służyć wadium i złożona trzecia część ceny kupna.
Co do ciężających na tych dobrach ciężarów, podatków i danin, odsyła się chęć kupienia mających do tutejszego urzędu hipotecznego, c. k. urzędu poborczego, dozwalając im oszacowanie i warunki licytacji w tutejszej registraturze przejrzeć i w odpisie podjąć.
9. O rozpisaniu niniejszej licytacji uwiadamia Sąd spadkobierców Antoniego Höcl de Sternstein egzekucyjną popierających przez ich obrońcę adwokata p. Dra Machalskiego p. Ryszarda Schreibera przez adwokata pana Dra Altha, następnie wierzycieli z miejsca i pobytu wiadomych do własnych rąk, tych

zasiadających, którzyby po 6. Maja na hipotekę owych dóbr przyszli, albo którymby przed niniejszym terminem rozpoznanie licytacji doręczonem być nie mogło, przez kuratora adwokata pana Dra Zyblikiewicza z podstawieniem adwokata p. Dra Geisslera w tym celu ustanowionego.
Kraków, dnia 29. Października 1860.

N. 13553.

Kundmachung.

(2336. 1-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Tarnów wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Einbringung der mit dem gerichtlichen Vergleich vom 7. März 1847 erzielten Forderung von 600 Duk. sammt Interessen vom 1. Juni 1856 jedoch nach Abschlag des Betrages von 50 fl. 5. W. und von 3380 fl. 5. W. rückfichtlich des aus dieser Summe noch ausstehenden Restes von 422 fl. 30 kr. 5. W. mit 5% vom 13. Februar 1858 zu berechnenden Interessen, so wie zur Einbringung der Executionskosten über Ansuchen der Frau Helene Höring, der Fr. Hedwig Kijas und Reisel Leser im Grunde der rechtskräftigen Entscheidung vom 14. März 1860 Z. 2905 die executive Feilbietung der der Schuldnerin Fr. Felicia Bobrowska gehörigen im Tarnower Kreise gelegenen Güter Parkosz mit Labuzie im dritten Termine d. i. am 21. December 1860, 10 Uhr Vormittags unter nachstehenden Bedingungen abgehalten werden wird:

1. Als Ausrufspreis wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert der mit Ausschluß der Entschädigung für die aufgehobenen unterhänige Leistungen zu veräußernden Güter Parkosz und Labuzie im Betrage von 63409 fl. 38 kr. 5. W. oder 66580 fl. 12 kr. 5. W. bestimmt. An diesem Termine werden diese Güter auch unter dem gerichtlich erhobenen Schätzungswerte hintangegeben werden.
2. Jeder Kauflustige ist verbunden als Vadium den $\frac{1}{20}$ Theil des Schätzungswertes, d. i. die Summe von 3170 fl. 5. W. oder 3328 fl. 50 kr. 5. W. im Baaren oder in Pfandbriefen der galiz.-ösländ. Creditsanstalt oder in m. g. Grundrentenobligationen nach dem in der letzten „Krakauer Zeitung“ ausgedruckten Kurse zu Händen der Licitationscommission zu erlegen.
3. Der Meistbietende ist verpflichtet den dritten Theil des Kaufpreises in welchen das im Baaren erlegte Angeb angerechnet wird, binnen 30 Tagen nach Einhandlung des gerichtlichen Bescheides, mittelst dessen der Feilbietungsact zu Gericht angenommen wird, in Baaren an das hiergerichtliche Verwahrungsamt zu erlegen, worauf ihm das Eigenthumsdecret der gekauften Güter ausgefolgt, derselbe auch ohne sein Begehren in den physischen Besitz derselben eingeführt, und als Eigenthümer dieser Güter intabuliert werden wird. Alle hierfür entfallenden Kosten, namentlich auch die Eigenthumsübertragungsgebühren hat der Meistbietende aus Eigenem zu tragen.
4. Der Käufer wird verbunden sein, von den $\frac{2}{3}$ Theilen des bei ihm belassenen Kaufschillings $\frac{1}{100}$ von Tage des physischen Besitzes zu berechnenden Interessen halbjährig dekursiv an das h. g. Depositenamt zu erlegen, welche Verpflichtung sammt den $\frac{2}{3}$ Theilen des Kaufpreises im Lastenstande der besagten Güter einverleibt, hingegen alle auf diesen Gütern haftenden Schulden und Lasten, ausgenommen der Grundlasten, die auf dem gekauften Gute zu bleiben haben, erbtuliert und an Kosten des Ersteheres auf den Kaufpreis übertragen werden.
5. Der Käufer wird verpflichtet sein, die $\frac{2}{3}$ Theile des bei ihm belassenen Kaufschillings binnen 30 Tagen nach der ihm zugestellten Zahlungsordnung, gemäß dieser Zahlungsordnung zu zahlen, oder sich mit den Gläubigern anders abfinden und sich hierüber hiergerichts in derselben Frist auszuweisen, jene Gläubiger hingegen die von der etwa bedungenen Aufkündigung der Zahlung ihre Forderungen nicht annehmen wollten, nach Maßgabe des Kaufpreises zur Zahlung zu übernehmen.
6. Vom Tage der Uebernahme der gekauften Güter in den physischen Besitz hat der Ersteher die Grundlasten und alle öffentlichen Abgaben aus eigenem Vermögen zu bestreiten.
7. Sollte der Meistbietende welcher immer der angeordneten Bedingungen nicht Genüge leisten, so werden über Anlangen welcher immer Hypothekengläubiger oder des Schuldners diese Güter auf Gefahr und Kosten des vertragsbrüchigen Käufers ohne eine neue Schätzung in einem einzigen Termine und selbst unter dem Schätzungswerte mit Beobachtung des §. 433 G. D. veräußert werden, und der vertragsbrüchige Käufer wird für jeden den Eigenthümer oder den Hypothekengläubiger aus der Licitation erwachsende Schaden nicht nur mit dem erlegten Angeb, sondern auch mit seinem ganzen übrigen Vermögen verantwortlich sein.
8. Jeden Kauflustigen ist gestattet, das ökonomische Inventar und den Landtafelauzug der zu veräußernden Güter in der hiergerichtlichen Registratur einzusehen.
Von dieser Feilbietung werden beide Parteien, so wie sämtliche Hypothekengläubiger und zwar jene denen der die Feilbietung bewilligende Bescheid aus was immer für einem Grunde, rechtzeitig nicht zugestellt werden könnte, so wie jene die nach dem 11. September 1860 in die Landtafel gelangen sollten, durch die Edicte so wie durch den denselben in der Person des Advokaten Dr. Serda

mit Unterstellung des Advokaten Dr. Rosenberg beistellten Curators verständigt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnów, am 4. October 1860.

N. 13553.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie niniejszem podaje do wiadomości, że w celu zaspokojenia wywalczonej ugody sądowej z dnia 17. Marca 1847 należytości w kwocie 600 duk. z procentami od 1. Czerwca 1856 po odruceniu kwoty 50 zlp. mk. i 3380 zlp. mk. względnie reszty z téjże sumy jeszcze ciężającej w kwocie 422 zlp. 30 kr. mk. z 5% od dnia 13. Lutego 1858 licząc się mającemi procentami, jakoteż w celu zaspokojenia kosztów egzekucyjnych w skutek prosby przez p. Helenę Hering, p. Jadwigi Kijas i przez Reisel Leser podanej dozwala się na mocy prawomocnej decyzji z dnia 14. Marca 1860 do L. 2905 przysądzonego sprzedaż publiczną dóbr Parkosz i Labuzie w obwodzie Tarnowskim położonych p. Felicy Bobrowski własnych na 3im terminie, t. j. dnia 21. Grudnia 1860 o godzinie 10tej zrana pod następującymi warunkami:

1. Jako cena wywoławcza stanowi się wartość szacunkowa sądownie ustalona dóbr Parkosz i Labuzie z wyłączeniem prawa do wynagrodzenia za zniesione powinności poddańcze sprzedać się mających w kwocie 63409 zlp. 30 kr. lub 66580 zlp. 12 kr. w. a. na tym terminie dobra te i poniżej ustanowionej sądownie ceny szacunkowej sprzedane będą.
2. Chęć kupienia mający obowiązany jest jako zakład $\frac{1}{20}$ część wartości szacunkowej to jest 3170 zlp. mk. lub 3328 zlp. 50 kr. w. a. w gotowiznie albo w listach zastawnych galicyjskiego instytutu stanowego kredytowego lub w obligacjach indemnizacyjnych podług kursu w ostatniej Gazecie Krakowskiej wyrażonego do rąk komisji licytacyjnej złożyć.
3. Kupiciel obowiązany jest trzecią część ceny kupna licząc w nią zakład w gotowiznie złożony w przeciągu 30 dni od dnia wręczenia rezolucyi sądowej, mocą której akt sprzedaży przyjęty będzie do sądu, w gotówce do tutejszego sądu złożyć, poczem mu dekret własności kupionych dóbr wydany tenże nawet bez wyraźnego żądania w fizyczne posiadanie onychże wprowadzonym, i jako właściciel tychże dóbr zaintabulowanym będzie. Wszystkie koszty ztąd wynikające przeto i opłatę z powodu przeniesienia własności kupiciel z własnych funduszów bez pretensyi zwrotu ponosić jest obowiązany.
4. Kupiciel obowiązany będzie od $\frac{2}{3}$ części pozostawionej u niego ceny kupna 5% od dnia fizycznego posiadania rachować się mające procenta półrocznie z dołu do tutejszego depozytu złożyć, któryto obowiązek wraz z $\frac{2}{3}$ częściami ceny kupna w stanie biernym rzeczonych dóbr zaintabulowany, przeciwnie zaś wszystkie na tychże dobrach ciężące długie i ciężary, wyjąwszy ciężary gruntowe, które na dobrach kupionych pozostać mają wyexatbulowane i na koszt kupiciela na cenę kupna przeniesione będą.
5. Kupiciel będzie obowiązany $\frac{2}{3}$ części pozostawionej u niego ceny kupna w przeciągu 30 dni po doręczeniu mu tabeli płatniczej w moc téjże zapłacić albo z wierzycielami inaczej się ugodzić i z tego przed sądem w tymże samem czasie wywieść się, tych zaś wierzycieli, którzy przed wypowiedzeniem placenia swojej należytości niechcieliby przyjąć w stosunku ceny kupna na siebie przyjąć.
6. Od dnia odebrania kupionych dóbr w fizyczne posiadanie do kupiciela należeć będzie opłata ciężarów gruntowych wszystkich podatków i danin.
7. Gdyby najwięcej ofiarujący, któregośkolwiek z wyżej wymienionych warunków nie wypełnił nadej dobra te na żądanie któregośkolwiek z wierzycieli hipotecznych lub dłużnika na koszt i niebezpieczeństwo ugodomnego kupiciela bez nowego ocenienia na jednym terminie i nawet niżej ceny szacunkowej z zachowaniem §. 433 u. s. sprzedane będą i ugodomny kupiciel za każdą własności lub wierzycielom hipotecznym z reliktytacyi powstałą szkodę nie tylko złożonem zakładem ale i wszelkim innym majątkiem swoim odpowie.
8. Każdy chęć kupienia mający ekonomiczny inwentarz i ekstrakt tabularny dóbr sprzedających się mających w tutejszo-sądowej registraturze przejrzeć może.
O téj sprzedaży publicznej uwiadamia się obie strony i wszystkich wierzycieli hipotecznych, a mianowicie tych, którymby obecna uchwała z jakiegobądź powodu niedość wcześniej doręczona byłaby mogła jakoteż tych wierzycieli, którzy z swemi pretensjami dopiero po 11. Września 1860 na dobrach Parkosz i Labuzie intabulowanymi zostali przez niniejsze obwieszczenie i do rąk kuratora w osobie p. adwokata Dr. Serdy z substytucją p. adwokata Dr. Rosenberga im nadanego.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 4. Października 1860.

Am 29. November, dann am 13. und 27. December 1860, jedesmal um 10 Uhr Vormittags wird im Amtsgebäude des k. k. Landesgerichtes, von dem als Gerichts-Commissär delegierten Gerichtsofficial Dr. Severin Przybylski die öffentliche Versteigerung nachstehender zur Nachlassmasse nach Adalbert und Anna Dobrzański gehörigen Kostarbeiten gegen gleich baare Bezahlung, jedoch nicht unter ihrem Schätzungswerte, vorgenommen werden, u. z.:

in österr. Währ. fl. kr.

Sechs Schnüre Perlen mit einem goldenen Klammer im Werthe pr. 200 fl. 6. W.	225 —
Sammt Fermetre in Nauten eingefast im Werthe pr. 25 fl. 6. W., daher im Gesamtwerte pr.	225 —
Fünf silberne Kaffeelöffel 12 Probe im W.	7 27 1/2
Ein silberner Eßlöffel 12 Probe im Werthe	2 70
Eine silberne Gabel 12 Probe im Werthe	1 40
Ein silberner Schmettenlöffel 12 Probe	2 92 1/2
Eine silberne Zuckerzange 13 Probe	2 60
Ein silbernes Theesieb 12 Probe mit einem hölzernen Stiel im Werthe von	2 40
Einf silberne Kaffeelöffel 9 Probe im W.	4 71
Zwölf silberne Messerstücke im W.	7 20
Ein silberner Schmettenlöffel 11 Probe	2 81
Eine silberne Zuckerzange 12 Probe im W.	2 60
Eine silberne Zuckerzange in Form eines Storchs 10 Probe im Werthe von	1 79
Zwölf silberne Eßlöffel 13 Probe	51 19
Ein silberner großer Schöpfelöffel 13 Probe	26 70
Ein silberner Schöpfelöffel 13 Probe	12 84
Ein silberner Schöpfelöffel 11 Probe	3 49
Eine silberne Zuckerzange 11 Probe im W.	2 15
Ein goldenes Armband im Werthe von	6 —
Vier Schnüre Perlen im Werthe von	50 —

Zugleich wird jener Gerichts-Commissär angewiesen, zehn Ellen Damast, so wie auch acht und 3/4 Ellen Gros-de-Naples welche zu jener Nachlassmasse gehören nach vorläufiger Abschätzung durch Schätzer bei jenen drei Versteigerungsterminen, jedoch nicht unter ihrem Schätzungswerte gegen gleich baare Bezahlung im Licitationswege zu veräußern.

Krakau, am 29. October 1860.

L. 14748. Obwieszczenie.

W dniu 29. Listopada tudzież 13. i 27. Grudnia 1860 każda razą o godzinie 10ej rano, odbywać będzie p. Seweryn Przybylski, c. k. official sądowy, jako wydelegowany do tej czynności komisarz sądowy, w gmachu c. k. Sądu krajowego publiczną licytację następujących do masy po s. p. Wojciechu i Annie Dobrzańskich należących kosztowności, a to za gotowe pieniądze i nie poniżej ceny szacunkowej, mianowicie ich wartości, jakoto:

w wal. austr. złr. kr.

sześć nitok pereł z klamerką złotą wartości 200 złr. w. a. tudzież z fer-moirką w rauty oprawną wartości 25 złr. w. a. razem wartości	225 —
pięć srebrnych łyżeczek do kawy 12 pró-by wartości	7 27 1/2
jedna srebrna stołowa łyżka 12 próby	2 70
jedna srebrna grabka 12 próby	1 40
jedna srebrna hochelka 12 próby	2 92 1/2
srebrne szczypczyki 13 próby wartości	2 60
durszlaczek srebrny 12 próby z dREW-nianą rączką wartości	2 40
jedenastie srebrnych łyżeczek do kawy 9 próby wartości	4 71
dwaście srebrnych trzonków wart.	7 20
hochelka srebrna 11 próby wart.	2 81
srebrne szczypczyki 12 próby	2 60
drugie szczypczyki srebrne w formie bo-ciana 10 próby wartości	1 79
łyżeczek srebrnych dwaście 13 próby	51 19
łyżka wazowa srebrna 13 próby	26 70
łyżka półmiskowa srebrna 13 próby	12 84
łyżka srebrna do ryb 11 próby	3 49
szczypczyki srebrne 11 próby	2 15
bransoletka złota wartości	6 —
cztery nitok pereł wartości	50 —

Równocześnie poleca się officialowi p. Sewerynowi Przybylskiemu dziesięć łokci adamaszku, tudzież osm 1/4 łokci grodenaplu do masy po s. p. Wojciechu i Annie Dobrzańskich należące po ich oszacowaniu w owych trzech terminach jednakże nie poniżej szacunku przez publiczną licytację za gotowe pieniądze sprzedać i zebrany szacunek wraz z protokolem oszacowania c. k. Sądowi przedłożyć.

Kraków, dnia 29. Października 1860.

3. 4081/Str. I. Kundmachung (2345. 1-3)

in Betreff der Einkommensteuer in der Stadt Krakau für das Verw.-Jahr 1861.

Zu Folge des a. h. Patentes vom 8. October 1860 ist die Einkommensteuer im Verw.-Jahr 1861 nach denselben Bestimmungen, wie es für das Verw.-Jahr 1860 auf Grund des a. h. Patentes vom 27. September 1859 vorgeschrieben, und mit hieramtlicher Kundmachung vom 10. November 1859 3. 4815 Str. I. verlaublichbar war, mit Beibehaltung des außerordentlichen Zuschlages, in österr. Währung zu entrichten.

In Absicht auf Grundlagen zur Bemessung der Einkommensteuer für das Verw.-Jahr 1861 hat das hohe k. k. Finanz-Ministerium mit dem Decrete vom 11. October 1860 3. 4250/3-M. Folgendes angeordnet:

1. Den Bekenntnissen der Einkommens der ersten Klasse, d. i. von den der Erwerbssteuer unterliegenden

den Gewerben und den Pachtungen, sind für das Verw.-Jahr 1861 die Erträge und Ausgaben der Jahre 1858, 1859 und 1860 zur Ermittlung des reinen Durchschnittsertrages zu Grunde zu legen.

2. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des a. h. Patentes vom 29. October 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer der zweiten Klasse, d. i. von stehenden Bezügen sind auch die von solchen Bezügen für das Jahr, welches mit 1. November 1860 beginnt und am 31. October 1861 endet, fälligen Beträgen anzuwenden.

3. Die Zinsen und Renten der dritten Klasse, welche der Verpflichtung des Bezugsberechtigten zur Einkommensunterliegen, d. i. jene, welche weder von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen herrühren, noch von Capitalien, welche auf steuerzahlenden Realitäten oder auf steuerpflichtigen Unternehmungen hypothekarisch haften, sind für das Verw.-Jahr 1861 nach dem Stande des Vermögens vom 31. October 1860 einzubekennen.

4. Die Ueberrahme, Prüfung und Richtigestellung der Bekenntnisse und Anzeigen für die Einkommensteuer dann die Festsetzung der Steuergebühren wird von der k. k. Kreisbehörde erfolgen, die Entscheidung über die Refuse gegen die kreisbehördliche Steuerbemessung steht dagegen der hohen k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau zu.

5. Zur Ueberrichtung der Bekenntnisse über das Einkommen und der Anzeigen über stehende Bezüge wird die Frist bis Ende December 1860 festgesetzt, endlich

6. hat in dem Falle, wo die Einkommensteuergeld für das Verw.-Jahr 1861 vor dem Verfall der ersten Einholungsrate nicht zur Vorschreibung gelangen könnte, die Einhebung und zwangsweise Beitreibung dieser Steuer bis zur Auftheilung der neuen Schuldigkeit, nach der Gebühr des Verw.-Jahres 1860 stattzufinden.

Die zur Ausfertigung der Bekenntnisse und Anzeigen erforderlichen vorgebrachten Blankette werden bei den Grundämtern den steuerpflichtigen Parteien unentgeltlich verabfolgt werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 10. November 1860.

N. 4081. Obwieszczenie

dotyczące się podatku dochodowego w mieście Krakowie na rok administracyjny 1861.

Według Najwyższego Patentu z dnia 8. Października 1860 ma być podatek dochodowy wraz z dodatkiem wojennym w roku administracyjnym 1861 na tych samych zasadach w walucie austr. pobierany, jakie w skutek Najwyższego Patentu z dnia 27. Września 1859 r. w roku administracyjnym 1860 obowiązywały i Obwieszczeniem c. k. Władzy obwodowej z dnia 10. Listopada 1859 N. 4815 do powszechniej wiadomości podanemi były.

Co do podstaw wymiaru podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 c. k. Ministerium finansowe dekretem z dnia 11. Października 1860 N. 4250/M. S. wydanym rozporządziło, co następuje:

1. Fasyjom dochodu pierwszej klasy t. j. z tych zarobkowości, które podatkom zarobkowemu podlegają, jakoteż z dzierżaw mają służyć za podstawę na rok administracyjny 1861 dochody i wydatki z lat 1858, 1859 i 1860 w celu obliczenia czystego dochodu w przeciwnie wypadającego.

2. Przepisy §§. 21 i 22 Najwyższego Patentu z dnia 29. Października 1849 r. co do podatku dochodowego drugiej klasy, t. j. od stałych dochodów, mają być zastosowane do kwot na rok administracyjny 1861, które się z dniem 1. Listopada 1860 r. zaczyna, a z dniem 31go Października 1861 kończy przypadających.

3. Prowizye i renty, które pobierający obowiązany jest jako dochód trzeciej klasy oznajmić t. j. takowe, które nie pochodzą ani z procentów od obligacy publicznych, instytucyj lub stanowych, ani też z kapitałów na nieruchomościach dobrach podatkopłacających, albo nareszcie na przedsiębiorstwach podatkopłacających hipotecznie zabezpieczonych, powinny być na rok administracyjny 1861 wykazane podług stanu majątku i dochodu w dniu 31. Października 1860 istniejącego.

4. Odbieranie, sprawdzanie i sprostowanie fasyj i oznajmień, jakoteż oznaczenie kwoty podatkowej nastąpi ze strony c. k. Władzy obwodowej, roszczenie zaś rekursów przeciw wymiarowi podatku przez c. k. Władzę obwodową uskuteczniemu, przystoi Wysockiej c. k. Dyrekcji krajowej dochodów skarbowych.

5. Termin do składania fasyj dochodów i oznajmień względem stałych poborów ustanawia się do dnia ostatniego Grudnia 1860 r. nareszcie

6. w razie, gdyby należytość podatku dochodowego na rok administracyjny 1861 przed upływem terminu płacenia pierwszej raty nie była jeszcze przepisana, natenczas aż do przepisania nowej należytości, pobór i przymusowe ściąganie tegoż podatku nastąpi według należytości roku administracyjnego 1860. Potrzebne blankiety do przedłożenia fasyj i

oznajmień wydawane będą stronom podatkom podlegającym bezpłatnie w urzędach gminnych.

C. k. Władza obwodowa.

Kraków, dnia 10. Listopada 1860.

N. 14934. Ogłoszenie. (2335. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszem obwieszczeniem czyni wiadomo, że wniosli właściciele dóbr Jaszczerowa, jakoto: Felix Piękoś, Flawian Piękoś własnie i imieniem małoletniego Wojciecha Piękoś, Walenty Chrupka własnie i imieniem małoletnich dzieci: Władysława, Kazimierza, Angeli Chrupków, Roman Woynowski, Emilia de Woynowski Dobek, Honorata i Marcella Woynowskie pod dniem 16. Października 1860 do L. 14934 pozew przeciw Stanisławowi Morskiemu, Michałowi Grabowskiemu i Antoniemu Morskiemu, a w razie ich śmierci ich niewiadomym spadkobiercom, o uznanie że prawo własności biernym dóbr Jaszczerowa dom. 66 pag. 429. 418 n. 5, 9, 10, 12 on. do sumy 11000 złp. z p. oraz z nadziejarami dla Michała Grabowskiego rel. n. v. 38 pag. 66 n. 1 on. i dla masy krydałnej Antoniego Morskiego n. 2 on. z hipotekowane wygasło i wyextabulowane być ma w skutek czego termin do postępowania ustnego na dzień 17. Stycznia 1861 o godzinie 10. zrana wyznaczonym został.

Gdy życie lub miejsce pobytu pozwanych wyznaczonych lub ich spadkobierców nie jest wiadome, przeto c. k. sąd obwodowy Tarnowski ustanowi kuratorem tychże na ich niebezpieczeństwo i kosztą tutejszego adwokata p. Dr. Stojałowskiego z zastępstwem adwokata p. Dra Kańskiego, z którym wytoczona sprawa podług ustawy sądowej odbywać się będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanych, by w oznaczonym terminie albo sami zgłosili się, albo ustanowionemu dla nich kuratorowi udzielili ze swej strony dowodów, lub innego pełnomocnika przedstawili, inaczej skutki z zaniebania wynikłe, sobie sami przypisać będą musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 31. Października 1860.

3. 5787. Edict. (2337. 1-3)

Vom k. k. Kreisgerichte Rzeszów wird über das Einschreiten des zu Folge hiergerichtlichen Beschlusses vom 24. December 1857 3. 6066 protokollierten Rzeszower Schnittwaarenhändlers J. Leib Reich de präs. 11. November 1860 3. 5787 und die von ihm erstattete Anzeige der Einstellung der Zahlungen in Gemäßheit der Ministerial-Verordnung vom 18. Mai 1859 3. 90 vom 15. Juni 1859 3. 108 die Vergleichsverhandlung über sein sämtliches bewegliches und über sein allfälliges im Inlande mit Ausnahme der Militärgrenze befindliches unbewegliches Vermögen eingeleitet.

Da das Verzeichniß über den Vermögens- und Schuldenstand noch nicht vorliegt, so wird vorläufig nur die folgende Beschlagnahme des Vermögens und der Handlungsbücher dem k. k. Notar in Rzeszów Hr. Holtzer mit Beiziehung zweier Mitglieder des Handelsstandes aufgetragen.

Nach Vorlage des Vermögens- und Schuldenverzeichnisses, zu welcher den J. Leib Reich eine ständige Frist zugesandt wird, werden die weiteren gesetzlichen Schritte eingeleitet und kundgemacht werden.

Beschlossen im Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Rzeszów, am 12. November 1860.

N. 5787. Edykt.

Z strony c. k. Sądu obwodowego Rzeszowskiego w skutek prośby de präs. 11. Listopada 1860 L. 5787 zaprotokulowanego na mocy uchwały z dnia 24. Grudnia 1857 L. 6066 kupca Rzeszowskiego towarów bławatnych J. Leib Reich i w skutek oznajmienia tegoż o zawieszeniu wyplat, na mocy rozporządzenia ministerjalnego z dnia 18go Maja 1859 L. 90 i z dnia 15. Czerwca 1859 L. 108 postępowanie ugody na tegoż cały ruchomy i może w kraju koronnym z wyjątkiem pogranicza militarnego znajdujący się majątek nieruchomości, zaprowadzone jest.

Ponieważ stan majątku i ciężarów dotąd wiadomy niejest, przeto tymczasowe zakondykowanie majątku i ksiąg kupieckich panu Notaryuszowi Holtzerowi w Rzeszowie z przybraniem sobie dwóch członków kupieckich, poleconem zostało. Po przedłożeniu wykazu stanu majątku i ciężarów, do czego J. Leib Reich termin 3 dniowy udziela się, dalsze kroki prawne przedsięwzięte i ogłoszone zostaną.

Uchwalono w radzie c. k. Sądu obwodowego. Rzeszów, dnia 12. Listopada 1860.

N. 20880. Zitations-Ankündigung. (2355. 1-3)

Die Verachtung der Tabakgüter vom Bahnhofe zum Tabak-Magazine in Krakau und vom Bahnhofe zum Tabak-Magazine in Bochnia für die Zeit vom 1. Jänner bis letzten December 1861 wird an den Mindestfordernden im Wege der schriftlichen Concurrenz überlassen werden.

Die Offerte sind bis einschließig 6. December 1860, 6 Uhr Abends bei der Präsidial-Kanzlei der k. k. Finanz-Landes-Direction zu überreichen.

Die näheren Bedingungen können bei den k. k. Finanz-Bezirks-Directionen in Krakau, Tarnów und Bochnia und in der h. o. Registratur eingesehen werden. Krakau, am 7. November 1860.

Zu Folge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 22. October 1860 3. 32350 hat sich zur Bedeckung der Erfordernisse des Landesfondes im Verwaltungsjahre 1861 ein Zuschlag von 9 1/10 Neukreuzer für Galizien und von 7 1/10 Neukreuzer für die Bukowina, und für die Erfordernisse der Grundentlastung ein solcher von 50 1/10 Neukreuzer für Galizien und von 55 Neukreuzer für die Bukowina als nothwendig ergeben, welcher von jedem Gulden der directen Steuern, jedoch mit Ausschluß des durch die Kriegereignisse veranlaßten außerordentlichen Zuschlages, einzuheben ist.

Es wird sonach für das Verwaltungsjahr 1861 zwar die Quote der umzulegenden Steuer-Zuschläge erhöht, dagegen vom Kriegszuschlage nicht mehr eingehoben werden.

Dieses wird hiemit mit dem Befehle zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß bezüglich der vom 1. November 1860 beginnenden Einhebung und Verrechnung dieses Steuer-Zuschlages und der Einkommensteuer von jenen stehenden Bezügen, welchen nach der Allerhöchsten Entschliessung vom 25. November 1858 und den in Folge derselben erlassenen speciellen Bestimmungen (Verordnungsb. des Finanz-Ministeriums Nr. 62 ex 1858 und Nr. 18 ex 1859) die Befreiung von der Entrichtung der Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge nicht zukommt, die nöthigen Verfügungen getroffen werden.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 5. November 1860.

L. 54349. Ogłoszenie.

W skutek reskryptu wysokiego c. k. Ministerstwa spraw wewnętrznych z dnia 22. Października 1860 r. L. 32350 okazał się potrzebnym na pokrycie potrzeb funduszu krajowego w roku administracyjnym 1861 dodatek 9 1/10 nowych krajcarów dla Galicji i 7 1/10 nowych krajcarów dla Bukowiny, a na potrzeby oswobodzenia gruntu dodatek 50 1/10 nowych krajcarów dla Galicji i 55 nowych krajcarów dla Bukowiny, który od każdego reńskiego stałych podatków, jednakże z wyłączeniem spowodowanego wypadkami wojennymi dodatku nadzwyczajnego ma być pobierany.

Na rok administracyjny 1861 podwyższa się więc wprawdzie kwota nałożyc się mających dodatków podatkowych, takowa jednakże od podatku wojennego niebędzie już pobierana.

Co podaje się z tym dodatkiem do wiadomości powszechniej, że względem rozpoczynającego się z dniem 1. Listopada 1860 poboru i rachuby tegoż dodatku podatkowego i podatku dochodowego od stałych poborów, którym według najwyższego postanowienia z dnia 25. Listopada 1858 i wydanych w skutek takowego poszczególnych postanowień (Dziennik rozporządzeń Ministerstwa Skarbu Nr. 62 ex 1858 i Nr. 18 ex 1859) uwolnienie od płacenia dodatków na potrzeby krajowe i oswobodzenie gruntów niesłuży, potrzebne zarządzenia wydane będą.

Od c. k. galicyjskiego Namiestnictwa.

We Lwowie, dnia 5. Listopada 1860.

3. 15218. Edict. (2334. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird den abwesenden dem Aufenthaltsorte nach unbekannten Eheleuten Johann und Marianna Julskie und für den Fall ihres Todes ihren unbekannten Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es haben wider dieselben die Hr. Franciszka de Kruszyńskie Tobiaszewska 2ter Ehe Wojciechowska unterm präs. 6. October 1860 3. 15218 eine Klage wegen des Erkenntnisses, daß der auf den Güter Podolany dom. 74 pag. 124 n. 22 on. zu Gunsten der Belangten intabulirte Pachtvertrag über die sechsjährige Pachtung dieser Güter vom 8. Juni 1818 sammt dem an Pachtzins eingezahlten Betrag pr. 2000 fl., ferner das auf denselben Gütern dom. 127 pag. 195 n. 26 on. zu Gunsten der Belangten aus dem Pachtvertrage ddo. 10. November 1823 intabulirte Recht auf den 3jährigen Pachtzins dieser Güter so wie auch der auf Abschlag des Pachtzinses zugesahlte daselbst sichergestellte Betrag pr. 2000 fl. aus den der Klägerin gehörigen und zu Gunsten derselben dom. 127 pag. 196 n. 17 hār. und dom. 359 pag. 132 n. 18 hār. intabulirten Antheile der Güter Podolany oder Lencze dolne zu extabuliren und zu löschen sei, angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt auf den 11. December 1860 um 10 Uhr Vormittags bestimmt worden ist.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu deren Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Dr. Zyblikiewicz mit Substituierung des Landes-Advokaten Dr. Biesiadecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach, der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Krakau, am 29. October 1860.